Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklametell 50 Pfg., für Ziffernanzeigen und Nachweitungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 253 — Freitag, den 7. November 1919 — 46. Jahrg.

Der Friedensleichnam.

In den Ententeländern und insbesondere in Frankreich geht heute dasselbe vor sich, was wir in Deutschland während des Krieges erlebten: die Friedensgesinnung ringt mit dem Militarismus, und der Militarismus ist in den allermeisten Fällen Sieger. Wir haben das jetzt wieder von neuem erlebt. Die deutsche Friedensdelegation hat in Paris vom Obersten Rat eine Note erhalten, in der mitgeteilt wird, daß die Ratifizierung des Friedens in einem Protokoll nun festgelegt werden kann. Es wäre also der Tag nicht fern, an dem der Friedenszustand effektiv würde. Da will man denn zum letzten Male noch alle die Mittel anwenden, die den Feinden durch den Druck des Waffenstillstandes zur Verfügung stehen. Was neulich die französischen Blätter andeuteten, hat seine Bestätigung in der überreichten Note gefunden. Die Entente tritt als Erpresser auf. Sie behauptet, daß wir alle Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht erfüllt hätten und nimmt uns deshalb in Strafe. Wir sollen fünf leichte Kreuzer und 400 000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern abgeben. Das bedeutet also, daß wir die paar guten Schiffe, die wir noch haben, noch abgeben müssen und daß wir dadurch nicht mehr in der Lage sind, uns ein ungefährdetes Fahrwasser an der Küste und an den Flußmündungen zu erhalten. Auch aus der anderen Forderung, der Abgabe von Docks, ist der Pferdefuß nur allzu deutlich sichtbar. Wir sollen nicht in der Lage sein, unsere Handelsflotte wieder aufzubauen. Man will uns außerdem die Verdienstmöglichkeit dadurch nehmen, daß die ausländischen Schiffe keine Gelegenheit mehr haben, bei uns zu docken. Bezeichnend für den Geist der Friedensgesinnung, der die Entente beseelt, ist auch diese Stimmung, daß die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Schiffe als Geiseln so lange zurückgehalten werden sollen, bis wir unseren vermögensrechtlichen Verpflichtungen nachgekommen sind. Außerdem wird ein Ersatz für die versenkten Schiffe gefordert. Diese Forderung wird als Wiedergutmachung aufgemacht. Darunter versteht der Friedensvertrag aber einen Ersatz von Schäden, die den feindlichen Ländern im Kriege zugefügt worden sind. Das ist aber der Versenkung der Schiffe keineswegs der Fall, denn diese Waffenstillstandsforderung bezweckt ja nichts anderes, als Deutschland zur See wehrlos zu machen. Eine Verewigung des Kriegszustandes bedeutet auch die angedrohte Zwangsmaßnahme, daß Foch jederzeit den Vormarsch über den Rhein antreten kann.

Die Reichsregierung hat zur Stunde noch keine Stellung zu dieser neuesten Vergewaltigung der Entente genommen, die Bevölkerung erwartet aber, daß sie eine würdige Sprache findet, um die unberechtigten Vorwürfe und die unberechtigten Forderungen abzulehnen. Wenn das der Friede sein soll, den wir zu erwarten haben, dann bleibt uns allerdings nichts mehr zu hoffen.

Nach dem Frieden.

Wortlaut der Note Clemenceaus.

Herr Clemenceau hat der deutschen Regierung am 3. November eine Note übersandt, in der er sie auffordert, nachdem die Vorbedingungen erfüllt seien, einer zur Unterzeichnung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationen bevollmächtigten Vertreter an einem demnächst zu bestimmenden Tage nach Paris zu senden und ihn gleichzeitig zur Unterzeichnung des der Note beiliegenden zweiten Protokolls zu bevollmächtigen, das die Regelung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen noch nicht erfüllten Verpflichtungen betrifft.

Die Note fährt fort: Das Inkrafttreten des Vertrages bringt schon jetzt gewisse Folgen mit sich, die ins Auge zu fassen sind:

1. Die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes übernimmt die Geschäfte.
2. Die Militär-, See- und Luftdelegationen übernehmen die Geschäfte.
3. Die Wiedergutmachungskommission übernimmt die Geschäfte.
4. Übertragung der Oberhoheit im Falle Memel und Danzig, die die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden und die Besitznahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen zur Folge hat.
5. Übergabe der Regierung im Saarbecken.
6. Übertragung der zeitweisen Regierung im Gebiet Oberschlesien, in dem die Volksabstimmung stattfindet. Daraus ergibt sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, welche die Kommission bestimmen wird, und die Besetzung durch interalliierte Truppen, desgleichen die Übernahme der Geschäfte durch die Regierungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiet.
7. Übernahme der zeitweiligen Verwaltung in dem Gebiet von Schleswig, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird, woraus folgt die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden, sowie die Ersetzung durch interalliierte Truppen und Übernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiet.
8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Übergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird, in denen die Volksabstimmung stattfindet: Ostpreußen, Allenstein und Westpreußen (Marienwerder), woraus sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, sowie die Ersetzung durch interalliierte Truppen und die Übernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommissionen in diesen Gebieten ergibt.
9. Beginn der 14tägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen. Daher wird die deutsche Regierung schon jetzt aufgefordert, für den 10. November 1919 bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, um

a) im Einverständnis mit den Vertretern der alliierten Mächte die Einsetzungsbedingungen der Regierungen, Verwaltungen und Volksabstimmungskommissionen, sowie die Übergabe der Dienstbesitzungnisse, den Einzug der interalliierten Truppen, die Räumung durch die deutschen Truppen, die Ersetzung der bezeichneten deutschen Behörden und alle aber vorgesehenen Fragen zu regeln. Es wird schon jetzt daran erinnert, daß die deutschen Behörden alle Dienst- und Verwaltungseinrichtungen, sowie alle Urkunden, welche die sofortige Tätigkeit der interalliierten Behörden ermöglichen sollen, an Ort und Stelle lassen müssen, daß ebenso die deutschen Truppen alle durch sie benutzten Einrichtungen an ihrem Ort belassen sollen;

b) im Einverständnis mit dem Generalstab des Oberbefehlshabers der alliierten Armeen die Transportbedingungen der alliierten Truppen zu regeln.

Es folgt das Protokoll, das nach kurzer Einleitung die nichterfüllten Bedingungen aufführt:

1. 42 Lokomotiven, 4460 Wagen sind zu liefern.
2. Die auf russischem Gebiet befindlichen Truppen sind nicht zurückgezogen worden trotz der formellen Aufforderung vom 27. August, 27. September, 10. Oktober 1919.
3. Die deutschen Truppen haben Requisitionen, Pfändungen, Zwangsmaßnahmen auf russischem Gebiete fortgesetzt.
4. Die vollständigen Verzeichnisse der in den mit Krieg überzogenen Gebieten von den Deutschen weggenommenen, eingesammelten oder konfiszierten Gelder und Werte sind nicht übersandt worden.
5. Entgegen der Verpflichtung, alle deutschen Unterseeboote zuzustellen: Zerstörung des deutschen Unterseeboots „U. C. 48" im Seeraum von Ferrol auf Befehl seines deutschen Kommandanten und Zerstörung gewisser Unterseeboote in der Nordsee, die zwecks Ablieferung auf dem Wege nach England waren.
6. Entgegen der Verpflichtung, die von den alliierten und assoziierten Mächten zur späteren Auslieferung bestimmten deutschen Kriegsschiffe in den alliierten Häfen zu erhalten und vor der Auslieferung kein Schiff zu zerstören: Zerstörung der Schiffe in Scapa Flow am 21. Juni 1919.
7. Alle nach dem unbesetzten Deutschland aus Frankreich und Belgien gebrachten Kunstgegenstände sind nicht geliefert worden. 40 Heucke-Dampfpfluggruppen, 1500 Schaufeln, 4407 Pflüge, 1884 Brabant-Pflüge, 4482 Eggen, 2157 Stahlkultivatore, 2674 Düngerstreumaschinen.
8. Das aus dem französischen und belgischen Gebiet entnommene Industriematerial ist nicht zurückerstattet.
10. Entgegen der Verpflichtung, die ganze deutsche Handelsflotte den alliierten Mächten zur Verfügung zu stellen, ist eine gewisse Anzahl von Schiffen, deren Auslieferung gefordert worden war, noch nicht ausgeliefert worden.
11. Entgegen der Verpflichtung, Kriegsmaterial aller Art nicht auszuführen: Ausfuhr von Luftschiffahrtmaterial nach Schweden, Holland und Dänemark.

Eine gewisse Anzahl der unerfüllten oder unvollständig erfüllten Bestimmungen sind durch den Vertrag vom 28. Juni 1919 erneuert worden, dessen Inkraftsetzen die Bestimmungen von Rechts wegen anwendbar machen wird.

Andererseits hat die Frage der Räumung der baltischen Provinzen den Gegenstand eines Notenwechsels und verschiedener Beschlüsse gebildet, deren Ausführung im Gange ist. Die alliierten Mächte behalten ausdrücklich den Inhalt ihrer Noten, zu deren aufrichtiger und genauer Durchführung Deutschland sich durch dieses Protokoll verpflichtet.

Endlich vermögen die alliierten Mächte nicht, die übrigen Verfehlungen gegen das Waffenstillstandsabkommen und so schwere Verletzungen, wie die unter Ziffer 6 angeführten, ungeahndet zu lassen.

Deutschland verpflichtet sich infolgedessen:

I.

A. Als Wiedergutmachung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow abzuliefern:

a) innerhalb 60 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls die fünf leichten Kreuzer „Königsberg", „Pillau", „Graudenz", „Regensburg" und „Stralsund";

b) innerhalb 90 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls in vollständig gutem, gebrauchsfähigem Zustande an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern eine Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnen ergibt. Von den Docks müssen eine 75 Prozent mehr als 10 000 Tonnen groß sein.

B. Innerhalb zehn Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls ist eine genaue Liste aller Schwimmdocks, Schwimmkräne, Schlepper und Bagger, die deutsches Eigentum sind, zu übergeben.

C. Die Offiziere und Mannschaften, welche die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe bildeten und jetzt von den alliierten Hauptmächten festgehalten werden, werden mit Ausnahme derjenigen, deren Auslieferung in Artikel 228 des Friedensvertrages vorgesehen ist, spätestens nach Erfüllung der vorstehenden Bedingungen zu A und B durch Deutschland heimgeschafft.

D. Der Zerstörer „B 98" rechnet zu den 42 Zerstörern, deren Ablieferung im Friedensvertrag vorgesehen ist.

II.

Innerhalb 10 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls sind abzuliefern die Maschinen und Motoren der Unterseeboote „U. 137", „U. 138" und „U. 150" als Entschädigung für die Zerstörung des Unterseebootes „U. C. 48", ferner drei Motoren des Unterseebootes „U. 146", die noch als Entschädigung für die in der Nordsee zerstörten Unterseeboote abzuliefern sind.

III.

Den alliierten Regierungen ist der Wert des ausgeführten Luftfahrzeugmaterials zu zahlen.

Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehenen Fristen nicht nachkommen sollte, behalten sich die alliierten Mächte vor, alle militärischen und anderen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt halten.

Zur Lage im Reiche.

Aufrufe der Regierung.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung erlassen folgenden Aufruf.

„Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutscher. Wir werden sie mit Aufbietung aller Kräfte schützen. Volksgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite. Es geht um euch, um eure Frauen und Kinder!"

Berlin, 5. November 1919.

Die Reichsregierung.
Bauer, Schiffer, Dr. Bell, Dr. David, Erzberger, Dr. Geßler, Giesberts, Koch, Dr. Mayer, Müller, Noske, Schlicke, Schmidt.

Die preußische Regierung.
Hirsch, Braun, Fischbeck, Hamisch, Heine, Oeser, Stegerwald, Dr. Südekum, am Zehnhoff.

Die beiden Regierungen haben noch einen zweiten Aufruf erlassen, der auf den drohenden Generalstreik in Berlin Bezug nimmt und der folgenden Wortlaut hat.

Volksgenossen!

Ein verwüstender Streich soll gegen Euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Viele für Zehntausende von Einzelexistenzen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kohlennot und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiwerdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunützen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen. Ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll der weitergekämpft werden, so dikteriert es eine zum Äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Radikalen beherrschte Zentralarbeitskommission und der unabhängig-kommunistische Rumpfvollzugsrat. Sie sprechen offen von dem nun politisch geworbenen Kampfe. Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot.

Neueste Nachrichten.

Graf Bernstorff vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Ausschusses erklärt der frühere deutsche Gesandte in Washington Graf Bernstorff auf die Frage des Sachverständigen Gesandten v. Romberg: daß die amerikanische Regierung den Inhalt der von Bernstorff nach Berlin gesandten Depeschen kannte, der allerdings der Entente verheimlicht wurde. Ob das wirklich der Fall war, lasse sich natürlich nicht beschwören. Die beabsichtigte Heimfahrt des Geheimrates Albert von der deutschen Gesandtschaft mit dem Unterseeboot „Deutschland" scheiterte daran, daß die deutsche Handels-Uboot-Gesellschaft sich keinen Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung aussetzen wollte.

Der politische Streik in Berlin.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Versuche der radikalen Hetzer zum politischen Streik, die Eisenbahner zum Streik zu bewegen, sind gescheitert. Alle Bahnhöfe sind im Betrieb. Dagegen ruht der Verkehr auf den wenigen Linien der städtischen Straßenbahn, infolge Sympathiestreiks.

Die „B. Z." meldet: Bis zur Mittagsstunde hat auch die städtische Straßenbahn den vollen normalen Verkehr wieder durchgeführt.

Rückgängigmachung des politischen Streiks.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Fünfzehnerkommission, das Metallarbeiterkartell, der Bezirksverband der Unabhängigen sozialistischen Partei Berlin-Brandenburg und der Vollzugsrat der Arbeiterräte Großberlins, der sogen. rote Vollzugsrat, erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: „Wegen der von den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften erlassenen Parole müssen die für das Gelingen des Generalstreiks schon getroffenen Vorbereitungen rückgängig gemacht werden. Der Kampf der Metallarbeiter geht unverändert weiter.

Hetze gegen die deutschen Vertreter in London.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die offizielle Westminster Gazette schreibt: Es muß energisch Protest erhoben werden gegen die Kampagne, die in bestimmten Blättern gegen die deutschen und österreichischen Wirtschafts-Sachverständigen geführt wird, die nach London gekommen sind, um die Lebensmittellage zu besprechen. Ihre Gegenwart hier kann unbedingt notwendig genannt werden. Das Lebensmittelproblem ist ein Weltproblem und das Mißgelingen der Lösung dieses Problems für jedes Land als solches kann die verhängnisvollsten Folgen für die gesamte Zivilisation haben. Wenn wir hierzulande nicht mit den deutschen Sachverständigen über dieses Thema verhandeln können, ist der Plan, Frieden zu schließen, nutlos. Das britische Volk hat den Ruf gesunden Menschenverstand und gute Sitten zu besitzen. Diese Kampagne ist aber eine Beleidigung mit Bezug auf Beides.

Bayerischer Protest gegen die Ermordung pfälzischer Bürger durch die Franzosen.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die „B. Z." meldet aus München: Die bayerische Regierung hat an das Ausbärtige Amt in Berlin das Ersuchen gerichtet, wegen der drei in den letzten 14 Tagen vorgekommenen Morde an pfälzischen Einwohnern durch französische Soldaten bei der französischen Regierung Protest zu erheben.

Die katastrophale Lage Wiens.

Wien, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Unter Hinweis auf die katastrophale Lage in der Lebensmittel- und Kohlenversorgung Wiens richtet das Wiener Tagesblatt einen Aufruf an alle deutschen Stammesgenossen, in dem gesagt wird, daß die dringendste fremde Hilfe nicht ausreiche. Die zweitgrößte Stadt deutscher Nationalität ringe um ihren nationalen Bestand. Der Notschrei Wiens solle Alle, die die deutsche Sprache sprechen, daran erinnern, daß es ein nationales Rettungswerk zu erfüllen gilt.

Die englische Blockade Sowjetrußlands.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte der Regierungsvertreter Harmsworth: Soweit England in Betracht komme, würden die Maßnahmen zur Behinderung des Handels mit den von den Bolschewisten beherrschten Landesteilen Rußlands aufrecht erhalten, bis in Rußland eine demokratische Regierung gebildet sei, die von den Alliierten anerkannt werden könne. Bisher liefen die Bolschewisten lieber das ganze Land zugrunde gehen, als eine demokratische Regierung zu bilden.)

Die englisch-russischen Verhandlungen in Kopenhagen.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Harmsworth als Vertreter der Regierung im Unterhaus, daß die dänische Regierung sich mit der Zusammensetzung der bolschewistischen Kommission, die von der Sowjetregierung zur Beratung der Frage des Kriegsgefangenenaustausches entsandt werden soll, einverstanden erklärt hat. Die britische Regierung trat jetzt Maßnahmen für die Reise der Sowjetkommission über die Ostsee und hofft, daß die Verhandlungen demnächst in Dänemark beginnen können.

Unveränderte Streiklage in Amerika.

Amsterdam, 6. Nov. Nach dem hiesigen Abstt. „Telegraaf" melden die Londoner „Times" aus Washington, daß die Streiklage unverändert ist. Die streikenden Arbeiter behaupten, daß sich auch die nichtorganisierten Arbeiter ihnen angeschlossen haben, in Pennsylvania allein 5000 Mann. Der amerikanische Arbeiterbund schätzt die Zahl der ausständigen Arbeiter auf 400 000.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0001

Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschub duldet und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen die Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen.

Pressestimmen zum Aufruf der Regierung.

Berlin, 6. Nov. Der von der Reichsregierung und der preußischen Regierung erlassene Aufruf an die Volksgenossen, ihnen in diesen schweren Tagen zur Seite zu stehen, wird von den Blättern unterstützt. Die „Morgenpost" spricht von einem Vorgehen der Radikalen, das einen Vetrug an deutschen Volke darstelle, der die schärfsten Gegenmaßregeln geboten erscheinen lasse. — Die „Voss. Ztg." sagt, in dem Aufruf gegen die Generalstreikhetze werden die Gesichten zutreffend geschildert, die dem deutschen Volke drohen. Es ist klar, daß der Gewalt Gewalt entgegengesetzt werden muß. — In der „D. Allg. Zeitung" wird gesagt, an der ernsten Absicht, für nichts alles aufs Spiel zu setzen, besteht nicht der geringste Zweifel. Es besteht aber auch nicht der geringste Zweifel, daß der Reichswehrminister seinen Anordnungen die gewollte Wirkung zu verschaffen wissen wird.

Reichskanzler Bauer in Flensburg.

Aus Flensburg meldet der „Berl. Lok.-Anz.": Vor einem Kreise Geladener sprach am Dienstag abend in Flensburg der Reichskanzler Bauer, der auf einer Informationsreise dort eingetroffen ist. Er betonte: Das neue Deutschland sei ebenso wie das alte bestrebt, jeden deutschen Bürger im deutschen Staatsverbande zu erhalten. Wir wollen keine Franzosen, keine Polen, keine Tschechen, aber auch keine Dänen überreden, deutsche Staatsbürger zu bleiben. Wir verlangen aber ebenso, daß die große deutsche Volksfamilie nicht zerrissen wird. Der Friedensvertrag aber vergewaltigt Tausende von nordschleswigschen Deutschen. Bedauerlich sei, daß die nationale Streitfrage immer mehr aus einer nationalen Herzenssache ein wirtschaftliches Rechenexempel zu werden drohe. Wir müssen ein neues Deutschland bauen, wir müssen unseren Kindern ein geeinigtes, aus lauterem Gold geschmiedetes deutsches Volkstum hinterlassen. Bei nationaler Lösung würde Flensburg niemals dänisch werden. Flensburg solle, wie bekannt, Freihafen werden. Unser Streben sei, den Freihafen möglichst bald zur Wirklichkeit werden zu lassen. Von Flensburg aber erwarten wir, daß es deutsch stimmt und bei Deutschland bleibt, nicht nur um Flensburgs willen, sondern um des Reiches Willen.

Reichskanzler Bauer in der Nordmark.

Reichskanzler Bauer sprach sich in Flensburg einem Vertreter der „D. Allg. Ztg." gegenüber mit Befriedigung über die gute und zuversichtliche Stimmung unter den Deutschen in der Nordmark aus. Es war Pflicht der Reichsregierung, unsern deutschen Landsleuten in Schleswig zu zeigen, daß man in ganz Deutschland die Auseinandersetzung im Norden mit herzlicher Anteilnahme verfolgt und sie nicht über den anderen vielen Sorgen vergeß. Ein dänisches Flensburg wäre der Anfang erneuter und verschärfter Zwiste. Hier werden, wie ich hoffe, unsere schleswigschen Volksgenossen die besten Pioniere einer endgültigen Verständigung sein, indem sie mit dem Stimmzettel ihre Zugehörigkeit verteidigen und gleichzeitig dem Nationalitätenprinzip zum Siege verhelfen.

Das Befinden Haases

hat sich nach verschiedenen Blättern so ungünstig gestaltet, daß an der Rettung seines Lebens gezweifelt wird.

Auflegung der Sparprämien-Anleihe.

Berlin, 6. Nov. Auf Grund des Gesetzes der verfassungsgebenden Nationalversammlung § 2 vom 29. August 1919 und mit Zustimmung des Zehner-Ausschusses der Nationalversammlung ist der Reichsfinanzminister ermächtigt worden, eine deutsche Spar-Prämien-Anleihe im Betrage von 5 Milliarden Mark aufzulegen. Der Reichsfinanzminister hat dementsprechend angeordnet, daß die Anleihe vom Montag den 10. bis Mittwoch den 26. November, mittags 1 Uhr, aufgelegt wird, und daß Zeichnungen durch Vermittlung jeder Bank, jeden Bankiers, jeder Sparkasse und jeder Kreditgenossenschaft erfolgen.

Eine Kundgebung der Parteien im Rheinland für das deutsche Reich.

Sämtliche politischen Parteien des Wahlkreises Köln-Aachen mit Ausnahme des Zentrums veröffentlichen folgende Entschließung:

„Wir unterzeichneten politischen Parteien des Wahlkreises Köln-Aachen haben in unseren Entschließungen nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir alle offenen und versteckten Loslösungsbestrebungen auf das schärfste verurteilen. Die Anhänger dieser Bestrebungen sollen sich darüber klar sein, daß für sie in unseren Reihe kein Platz ist. Wir fordern sie deshalb auf, aus unseren Parteien auszutreten. Gegenseitig verpflichten wir uns, jedes Mitglied unserer Partei, das für diese Bestrebungen eintritt, auszuschließen. Gegen jeden Versuch zur Errichtung einer rheinischen Republik werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen.

Köln, den 5. November 1919.

Deutsche demokratische Partei. Deutsche Volkspartei. Deutschnationale Volkspartei. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Mehrheitssozialdemokratische Partei."

Bemerkenswert bei dieser Entschließung ist die Tatsache, daß das Zentrum sich ihr nicht angeschlossen hat, daß dagegen die Unabhängigen, die den Loslösungsbestrebungen bisher nicht ablehnend gegenübergestanden haben, ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt haben.

*

Berlin vor dem Generalstreik.

Am Mittwochabend ist die Frist abgelaufen, die von den streikenden Metallarbeitern gestellt war. Die Unternehmer haben die Forderungen der streikenden Arbeiter abgelehnt, und damit beginnt der Kampf. Zum Verständnis der ganzen Lage muß immer wieder daran erinnert werden, daß die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Unternehmern und den Arbeitern fehlen, daß die Lohnstreitigkeiten völlig zum Abschluß gekommen sind und daß eigentlich der Streik im Erlöschen war. Akut geworden ist die Krise nur dadurch, daß die radikalen Führer der streikenden Arbeiter im letzten Augenblick ein politisches Kampfmittel aufstellten. Sie verlangen eine besondere Bevorrechtigung der Mitglieder der Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse bei der Wiedereinstellung und haben, als dies abgelehnt wurde, einen Beschluß der Metallarbeiter durchgedrückt, der als Zeichen der Sympathie den Generalstreik mit Unterstützung der politischen Parteien verbietet. Die Mehrheitssozialisten haben bereits abgelehnt. In einem Aufruf, den sie am Mittwochmorgen veröffentlichten, raten sie von jeder Ausdehnung des Streiks auf andere Industriezweige ab. Die Radikalen aber, die Unabhängigen, die Kommunisten und der Rote Volksrat, haben jetzt die Maske abgeworfen und ebenfalls einen Aufruf erlassen, in dem sie rundweg zugeben, daß der Kampf politisch geworden ist.

Die besonnenen Arbeiter gegen den Streik.

Berlin, 5. Nov. Heute nachmittag nahm eine Versammlung der gesamten Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktionen zu dem am heutigen Tage in der „Freiheit" veröffentlichten Aufruf zum Generalstreik Stellung. In der Versammlung kam einhellig zum Ausdruck, daß man den Unterzeichnern jenes Aufrufs das Recht abspricht, im Namen der Berliner Arbeiter zu sprechen und zu handeln. Zum Metallarbeiterstreik erklärte die Versammlung, daß sich die noch vorliegenden Streitpunkte bei geeinigtem und klugem Vorgehen der Streikleitung leicht in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise erledigen lassen. In einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Die im Metallarbeiterstreik noch vorliegenden Differenzpunkte können für die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins keine Veranlassung sein, in den Generalstreik einzutreten. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins hat um so mehr Anlaß, sich mit aller Entschiedenheit gegen die gewissenlose Generalstreikhetze derjenigen zu wenden, die durch sie die Niederlage der unfähigen Streikleitung verbergen wollen, als der Generalstreik nach dem heutigen Aufruf in der „Freiheit" ausdrücklich als politischer Kampf gekennzeichnet wird. Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, der Generalstreikparole unverantwortlicher Heher nicht zu folgen, sondern sich entschlossen hinter die berufenen Körperschaften (Gewerkschaftsbund und Parteivorstände) zu stellen und lediglich nach ihrer Parole zu handeln."

Zur Lage in Berlin.

Die Mittwochnachmittag stattgehabte Plenarversammlung der Berliner Gewerkschafts-Kommission lehnte den Eintritt in den Generalstreik laut „Vorwärts" mit 66 gegen 66 Stimmen ab. Dagegen gelangte ein Antrag Schmidt zur Annahme, wonach der Ausschuß der Gewerkschafts-Kommissionen beauftragt wird, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßregelung der bisherigen Betriebs-Vertrauensleute rückgängig zu machen.

Streik der Angestellten in Mannheim.

Mannheim, 6. Nov. Die Angestellten der Mannheimer Metallindustrie lehnten den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der ihnen Gehaltsaufbesserungen von 50, 35 und 25 ℳ bewilligte, ab und stimmten zu 85 Proz. für den Ausstand, der für Angestellte und Beamte heute früh begonnen hat.

Der Tiefstand der Mark.

Basel, 6. Nov. Die deutsche Mark hat an der Schweizer Börse mit 14 ihren niedrigsten Stand erreicht.

Politische Übersicht.

Frankreich.

Kohlenmangel und Kälte auch in Paris.

Die „Agence Centrale" meldet: Schnee und Kälte in Verbindung mit dem Kohlenmangel erzeugen in Paris große Beunruhigung. Die Haushaltsversorgung wird immer schwieriger, die staatlichen Verkehrsmittel versagen infolge des Mangels an elektrischem Strom. Wie die „Agence Havas" meldet, war am Montag abend infolge der Kohlennot die Zufuhr von elektrischem Strom in Paris so gering, daß in der ganzen Stadt das Licht fehlte, so daß die Straßen und Häuser zeitweilig völlig im Dunkeln waren. Auf den städtischen Bahnlinien wurden größere Störungen verursacht.

Aufstände und Streiks in französischen Städten.

Die Baseler Information meldet aus Paris: Aus Lille, Marseille, Lyon und Le Havre liegen sehr bedenkliche Nachrichten vor. In diesen Städten sind teilweise regelrechte Aufstände der Kreisen der Arbeiterschaft ausgebrochen. Viele Tausende von Arbeitern sind beschäftigungs- und brotlos. Infolge Kohlen- und Rohmaterialmangel stockt der Verkehr. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind namentlich in Lille und französischen Hafenstädten Truppen eingetroffen.

Clemenceaus Programmrede in Straßburg.

Straßburg, 6. Nov. In seiner Straßburger Programmrede pries Clemenceau nach die Niederlage des preußischen Militarismus und den Widerstreben der wirtschaftlichen Mitarbeit des Elsaß mit Frankreich. Die Wiedergutmachung für Frankreich sind Clemenceau inaussetzig, doch am Endersolg der Versprechungen zu zweifeln, hieße Frankreich unrecht tun. Dieses müßte gegenüber Deutschland auf seiner Sicherheit bestehen, bis Deutschland sich zur Zivilisation bekehre.

Über die Wahlreform in Frankreich sagte der Ministerpräsident: Ist denn jetzt der Augenblick gekommen, aus einer Zusammenhanglosigkeit der Stimmen, wie man sie noch nie gesehen hat, ein Wahlsystem zu schaffen, das eingestandener Maßen dahingeht, die Mehrheit zu Gunsten von Minderheiten zu schwächen, von denen einige eine vollständige Umwälzung anstreben. Weiterhin sagte Clemenceau, keine gesetzlich verfolgte Reform könne die Regierung erschrecken. Der Landarbeiter, der keine Stunde zähle, möchte nicht zum Paris einer Industriewelt werden, an deren Vorzüge er nicht teilnehme. Die Bolschewisten stellten der Republik die Machtfrage, denn sie verlangten die Freiheit für sich, wollten aber anderen die Diktatur auferlegen. Redner schloß, Elsaß bringe Frankreich guten Willen entgegen, den müßte man steigern.

Amerika hat 18 Mill. Tonnen Handelsschiffsraum.

Amsterdam, 6. Nov. Der „Telegraaf" meldet aus London, daß der Vorsitzende des Handelsausschusses des amerikanischen Senats bei der Einbringung der Gesetzesentwürfe über die Schiffahrtspolitik erklärte, die amerikanische Handelsflotte werde Ende 1920 18 Millionen Tonnen umfassen.

Noch keine Ratifikation des Friedensvertrages in Amerika.

Amsterdam, 5. Nov. „New York Times" meldet: Der allgemeine Eindruck auf dem Kapitol sei der, daß der Friedensvertrag jetzt langsam auf den toten Punkt ankomme, daß jedoch die Möglichkeit bestehe, daß die Ratifikation vor der Ende des Monats stattfindenden Tagung des Kongresses erfolgt.

Rußland.

Die Kämpfe in Rußland.

Helsingfors, 6. Nov. In der Gegend des Peipus-Sees nehmen die Bolschewiki ein Umgehungsmanöver mit Kavallerie vor und greifen gleichzeitig heftig in der Richtung auf Pleskau an. „Hufvudstadsbladet" meldet aus Riga, daß die Entente-Flotte die Truppen des Obersten Bermondt unter lettischer Flagge beschießt. — Die Fortsetzung der Konferenz der Randstaaten findet in Dorpat am 9. November statt.

Ägypten.

Unruhen in Kairo.

„Daily Expreß" meldet aus Kairo, daß es zu neuen ernsten Unruhen gekommen ist. Verschiedene Läden in dem besseren Stadtviertel wurden geplündert. Die Menge mußte mit Maschinengewehren auseinandergetrieben werden, wobei es Tote gab. „Times" zufolge brachen auch Unruhen unter den Studenten in Kairo. Die ägyptische radikale Presse fordert zum Ungehorsam und zu Widersetzlichkeiten gegen die Behörden auf. Bei einem Aufruhr in Alexandrien wurden sechs Eingeborene getötet.

Nordamerika.

Schnelles Ende des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Washington, 5. Nov. (Havas.) Die Führer der Grubenarbeiter haben den Organisationen den Befehl zur Einstellung des Streiks gegeben. Sie haben die Versicherung erhalten, daß die Regierung geneigt sei, in Verhandlungen den Konflikt beizulegen, sobald der Streikbefehl zurückgezogen würde.

Deutschland.

Die Gliederung des Reichswehrministeriums.

Über die neue Gliederung des Reichswehrministeriums und die Einteilung der Deutschland nach dem Willen der Entente noch belassenen militärischen Landstreitkräfte herrscht immer noch Unklarheit. Die Dtsch. Allgem. Ztg. faßt daher die Hauptpunkte zusammen:

Unter dem Reichswehrminister steht als „Chef der Heeresleitung" der Oberst Reinhardt (Preußischer Staatsminister a. D.). Dem Chef der Heeresleitung sind unterstellt: das Zentralamt (Oberst Wurzbacher), das Personalamt (Generalmajor und Ritter Edler von Braun), das allgemeine Truppenamt (Generalmajor von Seeckt), das Waffenamt (Oberst Freiherr Kreß von Kressenstein), das Heeresverwaltungsamt (Wirkl. Geh. Kriegsrat Lemmel), das Feldzeugmeisteramt unter Oberst v. Feldmann und schließlich die Sanitätsabteilung unter Generalarzt Dr. Schultzen.

Die eigentliche Truppe, die Reichswehr selbst, untersteht mit ihren vier Reichswehrgruppenkommandos (1 Berlin, 2. Kassel, 3. Kolberg, 4. München) und ihren sieben Wehrkreiskommandos (1. Königsberg, 2. Stettin, 3. Berlin, 4. Dresden, 5. Stuttgart, 6. Münster, 7. München) dem Reichswehrministerium unmittelbar.

Der Chef der Heeresleitung bildet also nunmehr die Spitze der Heeresverwaltung im Sinne des früheren Kriegsministeriums für das ganze Reich, während die bundesstaatlichen Einzelministerien fortgefallen sind und vorläufig nur noch als Auflösungsämter weiterbestehen.

Die Vertretung der Beamtenschaft in der Regierung.

Der frühere Direktor des Deutschen Beamtenbundes Fallenberg, der bereits im Frühjahr zum Zwecke der Bearbeitung der Beamtenreferate mit der Wahrnehmung der Stelle eines Vortragenden Rates im Reichsministerium des Innern betraut war, ist nunmehr nach Verabschiedung des Etats zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat im Reichsministerium des Innern ernannt worden. Fallenberg wird in der Hauptsache die Aufgabe haben, an der Verbesserung der Beamtenrechtsstellung, wie sie in der Reichsverfassung vorgesehen ist, insbesondere der Frage der Regelung der Beamtenbesoldung mitzuwirken. Mit der Ernennung Fallenbergs ist dem Wunsche der Reichsregierung, mit der Beamtenschaft in ein festes Vertrauensverhältnis zu gelangen, praktische Rechnung getragen.

Gewaltakt schlimmster Art.

Wie der Frankfurter Zeitung aus Wiesbaden gemeldet wird, hat der bisherige Oberbürgermeister Gläsing Dienstag früh den Ausweisungsbefehl der französischen Behörde erhalten. Spätestens am Mittwoch früh hat er das Stadtgebiet in Begleitung eines französischen Gendarmen zu verlassen. Wie die Frankfurter Volksstimme hierzu mitteilt, ist der Grund dafür folgender: Die französischen Besatzungsbehörden hatten vor kurzem die Stadtverwaltung gezwungen, auf Kosten der Steuerzahler ein Bad für die französischen Soldaten einzurichten, wogegen Oberbürgermeister Gläsing Widerspruch erhoben hatte.

Wie die Unabhängigen die Freiheit auffassen.

Die Freiheit, die die Unabhängigen meinen, nimmt sich sehr eigenartig aus. Der „Vorwärts" vom 28. Oktober liefert einen neuen Beweis zu dieser alten Erfahrung. Der Magistrat eines Berliner Vororts forderte von den Stadtverordneten die Zustimmung, daß den städtischen Büroräume entzogen werden. Die Unabhängigen protestierten dagegen, sowohl vor als in der Stadtverordnetenversammlung. Trotzdem wird die Forderung des Magistrats mit 35 gegen 26 Stimmen angenommen. Nun heißt es im „Vorw." wörtlich: „Darauf entsteht ein fürchterlicher Tumult. Spinnte, Berräter, Lumpen, Strolche, Scheinsozialisten, vor die Maschinengewehre, Handgranaten untern A . . . werfen, an die Wand mit den Hunden usw. ertönen. Mit den geistigen Waffen bekämpft, wird die Selbstbeherrschung unserer Genossen auf eine harte Probe gestellt. Die Unabhängigen fordern ihre Anhänger auf, den Saal zu verlassen. Die Tribünenbesucher dringen in den Saal ein, die Saaltüren fliegen aus den Angeln, unsere Genossen werden angeplumpt. Einige U.S.P.-Leute suchen zu beschwichtigen. Langsam verlassen die Helden das Rathaus, und ohne dieU.S.P. wird der Rest der Tagesordnung erledigt. So sehen also die geistigen Waffen der U.S.P. aus."

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 5. November.

Am Ministertische Braun.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Das Gehalt des Ministers, 36 000 ℳ, wird gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen bewilligt.

Die weiteren Titel des Landwirtschaftshaushaltes werden ebenfalls bewilligt.

Eine lange Reihe zugehöriger Anträge usw. wird angenommen.

Es folgt die erneute Abstimmung über den Antrag der Demokraten auf Rückverweisung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 betreffend die

Errichtung des Austrittes aus der Kirche

an den Rechtsausschuß. Die Rückverweisung wird gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen.

Darauf wird die Beratung des Antrages der Demokraten gegen den

Getreide- und Lebensmittelschmuggel nach dem Auslande.

der durch den schlechten Stand unserer Valuta begünstigt wird, fortgesetzt.

Abg. Heller (Soz.): Es muß eine mit diktatorischer Gewalt ausgestattete Zentrale geschaffen werden, die gegen das Schiebertum in jeder Form vorgeht.

Abg. Küters (Ztr.): Man muß die Preise der ländlichen Erzeugnisse so gestalten, daß die Erzeugungskosten gedeckt werden und ein kleiner Gewinn übrig bleibt.

Abg. Jansen (Dem.): Wir werden nichts erreichen, wenn wir keine Unterstützung bei der Entente finden. Denn die größten Schieber sind Franzosen und Engländer.

Abg. Neubaus (Zn.): Unsere alten Zollgrenzen müssen wieder von deutschen Beamten besetzt werden. Unsere Valuta ist so schlecht, weil das Ausland kein Vertrauen zu unserer Regierung hat, die nicht weiß, was sie will.

Abg. Christange (U. S.): Das Schieberwesen ist nicht die Folge der Revolution, da während des Krieges unter den Rittergutsbesitzern viele Schieber waren.

Abg. Held (D. Vpt.): Man gebe den Erzeugern ausreichende Preise, dann werden sie keinen Anlaß haben, an Schieber zu verkaufen.

Es folgt eine Anfrage der Deutschnationalen über den Mangel an Leuchtmitteln, die dahingehend von einem Regierungsvertreter beantwortet wird, daß Karbid und Kerzen nicht in ausreichenden Mengen vorhanden seien, daß die Regierung aber hoffe, Petroleum in größeren Mengen noch einzuführen.

Nach längerer Aussprache, bei der Abg. Bergmann um baldige Einführung der mittelenropäischen Zeit in den besetzten Gebieten bittet, folgt

die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Erweiterung des Selbständigkeitsrechts der Provinzialverbände.

Hierzu wird die Besprechung eines Antrages Dr. Ruer (Dem.) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein verbunden (Zulassung einer anderen Unterrichtssprache, Beginn und Ende der Schulpflicht, Schulversäumnisstrafen).

Abg. Schulz (Soz.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Piepenbrock-Oberschlesien (Ztr.) beantragt das Vorzugsrecht des Provinzialausschusses für die Besetzung der Beamtenstellen. Das Schicksal Oberschlesiens hänge von diesem Antrage ab.

Abg. Dr. Ruer (Dem.) tritt für eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein ein.

Unterrichtsminister Freund: Das Gesetz kann auf die Hohenzollernlande nicht ausgedehnt werden. Dazu liegt bei dem geringen Gebietsumfang dieses Landesteiles im Verhältnis zu unseren Provinzen kein Anlaß vor. Die Behauptung des Abg. Beyer über Oberschlesien geht zu weit.

Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung.

Provinz und Umgegend.

h. **Halle**, 6. Nov. Die hiesigen Holzarbeiter, die sich seit über 6 Wochen im Ausstande befinden und den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ablehnten, haben am 1. November zu den bisherigen Forderungen neue erhoben und zwar eine Erhöhung des Stundenlohnes von 50 ℳ auf alle bestehenden Löhne. Sie haben beschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis alle Forderungen restlos bewilligt sind.

† **Leipzig**, 6. Nov. Am Mittwoch früh kurz nach 8 Uhr spielte sich in L.-Plagwitz ein entsetzliches Familiendrama ab. Dort erschoß der Angestellte der Maschinenfabrik Fränkel & Biebahn, der Schlosser Hausse sich selbst und seine Tochter, während er seine Frau lebensgefährlich verletzte. Bald nach der schrecklichen Tat trat zur Untersuchung des traurigen Falles die Mordkommission am Schauplatze des Dramas ein. Es stellte sich dabei heraus, daß vor Begehung der Tat sich die Ehefrau mit ihrem Töchterchen auf dem linken Arm dicht hinter ihrem Manne aufgestellt haben muß, da alle drei Personen von ein und derselben Kugel durchbohrt wurden. Demzufolge scheinen die Ehefeute den Entschluß, mit ihrem Kinde freiwillig aus dem Leben zu scheiden, gemeinsam gefaßt zu haben. Der Mann und das Kind waren auf der Stelle tot, während die Frau beim Eintreffen der Kommission noch schwache Lebenszeichen von sich gab und sofort nach dem Krankenhause St. Jakob übergeführt wurde. Die beiden Leichen wurden in das Institut für gerichtliche Medizin übergeführt.

*

Wo stecken die Kartoffelvorräte?

Der Arbeiterrat in Halle gibt einen Bericht über die Tätigkeit seiner Feststellungskommission im Kreise Wittenberg, in dem es heißt, daß in einer Woche bereits 8000 Zentner Kartoffeln festgestellt sind, die zur Ablieferung kommen müssen, trotzdem angeblich keine Kartoffeln vorhanden sein sollten. Ein Großgrundbesitzer mit Brennerei und 180 Morgen Kartoffelanbaufläche wollte angeblich nur 25 Zentner abliefern, während die Kommission über 1000 Zentner feststellte. Der Schleichhandel mit Kartoffeln wird eifrig betrieben, es werden Preise von 30 ℳ und mehr für den Zentner verlangt.

Merseburg und Umgegend.

6. November.

** **Erhöhung der Kartoffelpreise der Stadt Merseburg.** Die Kartoffelgrundpreise für Speisekartoffeln sind inzwischen wesentlich erhöht worden. Die Stadt war, um die Versorgung der Einwohnerschaft mit Kartoffeln soweit als möglich sicherstellen zu können, gezwungen, Kartoffeln außerhalb des Kreises Merseburg in Überschußkommunalverbänden zu höheren Preisen anzukaufen. Die außerordentlich hohen Frachten verteuern die Preise noch weiter. Die Stadtverwaltung ist aus diesem Grunde gezwungen, den Kleinverkaufspreis für Speisekartoffeln auf 16 ℳ für das Pfund im Kleinhandel zu erhöhen. Die Stadtverwaltung hofft, daß es ihr gelingen wird, genügende Mengen Speisekartoffeln, wenn auch zu höheren Preisen, heranzuschaffen. Wie die Verhältnisse zurzeit liegen, war ein anderer Ausweg nicht möglich.

** **Geschäftliches.** Das Vorzellangeschäft von Otto Renner hier, Markt 18, ist in den Besitz des Kaufmanns Paul Eckert über übergegangen. Auch hat E. das Grundstück Entenplan 11, bisher dem Kaufmann Otto Dobbelin gehörig, käuflich erworben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0002

** **Zur Postbeförderung wird zugelassen sind:** Sendungen mit Bargeld der Bankinstitute, für die Volksernährung notwendige Behördenpakete (Lebensmittelkarten usw.), Hefepakete und Pakete an Kriegsgefangene in Durchgangslagern.

** **Eine neue Reklame der Post.** Eine zweckmäßige Neuerung werden die neuen Vordrucke für Postanweisungen aufweisen. Vorgesehen sind blaue Vordrucke zu 20 und dunkelgrüne zu 40 ₰. Beide Formulare werden auf der Rückseite nicht nur den nötigen Raum für die Quittung des Empfängers haben und die Gebühren für Postanweisungen aufführen, sondern es wird dort auch eine Aufforderung zum Beitritt zum Postscheckverkehr zu lesen sein. Zu einer ähnlichen Wirksamkeit für den Postscheckverkehr werden auch Briefstempel benutzt. Der Handstempel der Stempelmaschine zeigt bekanntlich fortlaufende Streifen, zwischen denen der eigentliche Stempel mit Ort und Zeit in gewissen Abständen untergebracht ist. Zwischen zwei solcher Stempel wird nun ein weiterer Raum ausgespart, in dem zu lesen ist: „Nimm ein Postscheckkonto".

** **Erhöhung des Wagenstandgeldes bei der Eisenbahn.** Ab 7. d. Mts. wird das Wagenstandgeld für nicht rechtzeitige Be- und Entladung der Eisenbahnwagen ganz bedeutend erhöht.

** **Beschäftigung Schwerbeschädigter.** Nach der Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 waren alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Bei der Feststellung der Zahl der Beschäftigten sind mehrere Betriebe, Büros und Verwaltungen desselben Arbeitgebers zusammenzufassen. Für die Landwirtschaft ist bei mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Zahl 100 die Zahl 50 trat. Nunmehr ist die abgeänderte Verordnung vom 24. September 1919 (R.-G.-Bl. Nr. 190 Seite 1720) erlassen, wonach auf 25 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Beamte usw. mindestens ein Schwerbeschädigter, und auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens ein weiterer Schwerbeschädigter zu beschäftigen ist. Die Ausnahme für die Landwirtschaft ist gestrichen worden. Die Verordnung ist in Kraft getreten am 24. September 1919. Es ist in den Betrieben zu prüfen, ob und inwieweit den neuen Bestimmungen Rechnung getragen ist. Vereinendenfalls ist die entsprechende Zahl von Schwerbeschädigten einzustellen. Als Schwerbeschädigte sind in der Hauptsache alle Personen zu betrachten, die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom Hundert der Vollrente beziehen.

** **Zum 100 jährigen Gedächtnis.** Vor 100 Jahren, am 2. November 1819, ward unser langjähriger Verleser am Merseburger Domgymnasium Professor Carl Bethe geboren, der 50 Jahre alt am 2. August 1910 starb und am 5. August 1910 auf dem Merseburger Stadtgottesacker begraben ward. Er hat Jura studiert und ging dann zur Philologie über. Vom Domkapitel zum 2. Collaborator gewählt, kam der Schulamts-Kandidat Bethe Michaelis 1858 an das Merseburger Domgymnasium an Stelle des an die Realschule in Erfurt übergesiedelten Collaborator Ranke. Rektor vom Domgymnasium war damals der 1855—1874 amtierende Professor Dr. August Friedrich Scheele, geb. 25. August 1810, gestorben 1. Dezember 1874, der auch auf dem Stadtgottesacker ruht. Weil Bethe der Schwager von Scheele war, wurde er von den Dorfschülern der „Schwager" genannt oder vielmehr in seiner Mundart der „Schwagger". Zu seinen Zeiten stand das Domgymnasium noch an seiner alten Stelle neben dem Dom und über dem Kreuzgang gebaut. Am 18. Oktober 1880 unter Rektor Dr. Adolph Ebmuß zog Bethe mit herüber in das neue Gymnasium und wirkte hier, bis er in den Ruhestand trat. Bis zu seinem Heimgang wohnte er 41 Jahre lang in dem Hause Unterstraße 5, wo noch heute seine Witwe und Tochter wohnen. Zuvor wohnte er in der Großen Ritterstraße auf der „Hütte", dem damaligen Merkelschen, später Wölfelschen Grundstück, das 1917 der Kreis Merseburg erwarb. Mit den anderen Domschullehrern und mit der Domgesellschaft gehörte Bethe zu den Hora-Sängern im Dom, die jeden Sonnabend in Vertretung der Domherren und am Karfreitagnachmittag gemeinsam mit den Domherren Hora sangen, bis diese alte Sitte 1874 einging. Höchst interessant war es in Bethes Studierstube. In dem einfachen schlichten Raum wohnte ein guter Geist. Manches liebe Mal bin ich da hinaufgestiegen, wenn er mich zum Deklamieren vorbereitete. Mit herzlichem Dank gedenke ich dabei seiner unermüdlichen Gründlichkeit und Sorgfalt. Was ging nicht etwa mit ein und zwei Proben ab. Täglich mußte ich antreten und jeden Tag habe ich bei ihm gelernt gründlich und vertiefend. Schön war der Erfolg und ich kann es heute noch. Gern gedenke ich daran. Hab Dank dafür mein lieber Lehrer. Zu seinem 90. Geburtstage, am 2. November 1909, wollten alte und junge Domsänger ihm ein Ständchen bringen. Leider aber wurde es durch einen Unfall, wobei er sich den Schenkel verletzte, unmöglich. Aber die Glückwünsche seiner alten Schüler hat er sich gewiß herzlich gefreut. Der nunmehr 100 jähr. Professor Carl Bethe ruht auf dem Merseburger Stadtgottesacker, Abteilung V, rechts vom Mittelweg gegenüber dem Friedhofgebäude. Manches Wort von ihm lebt heute noch unter seinen Schülern. Gern treten wir zum 100 jährigen Geburtstag heran an sein treuer Liebe gepflegtes Grab und gedenken sein.

Schwickert.

** **Elektrischer Betrieb Halle—Leipzig.** Von privater Seite wird dem „Leipziger Tageblatt" mitgeteilt: Der elektrische Betrieb der Staatsbahn Halle—Leipzig ist nach einer Mitteilung, die auf Anfrage von einem Mitglied der Eisenbahndirektion Halle gemacht wird, in sichere Aussicht genommen, sobald es gelingt, das erforderliche Material, insbesondere Kupferbraht, in ausreichender Menge zu erhalten; hierzu soll neuerdings Aussicht bestehen. Es wird mit einer wesentlichen Vermehrungsmöglichkeit der Züge, der aus Triebwagen mit je einigen Personenwagen zusammengesetzt werden, sowie mit Verkürzung der Fahrzeit gerechnet.

** **Zur Bekämpfung des abendlichen Tumults in der Kleinen Ritterstraße,** die wir in einer der letzten Nummern gefordert hatten, geht uns folgender Vorschlag eines allerdings wohl zu drastischen Mittels zu: Auf den Artikel im „Merseburger Korrespondenten" vom 5. November möchte ich der Feuerwehr den Vorschlag machen, Ein- und Ausgänge der Kleinen Ritterstraße an dem Geschäft von Herrn Dobkowitz und am Landratsamt einen Hydranten aufzustellen und das Wasser zwischen die Menge zu geben. Erst so würde Ruhe und Ordnung geschaffen werden. Aber auch die Regierungsräuber soll man nicht schonen.

E. M.

** **Deutsch-demokratische Jugendgruppe.** Der gestrige Bildungsabend im „Bergschlößchen" nahm wieder den besten Verlauf. An Stelle der erwarteten, aber mangels jeden Interesses fehlenden Mitglieder des Hauptvereins konnten drei Mitglieder der Ortsgruppe Lützkendorf als Gäste begrüßt werden. Der Leiter des Abends, Redakteur Schmitt, gab eine auf authentischen Berichten beruhende eingehende und sehr anschauliche Darstellung von der Entstehung der Revolution auf der Flotte und in Kiel. Völlig unparteiisch geschildert, zogen die Ereignisse — das Meutern beim 3. Geschwader, der militärische Aufruhr in Kiel und das allmähliche Anwachsen zur politischen Revolution — leichtfaßlich vor dem Geiste der Zuhörer vorüber. Die Schilderung aus Anlaß des Jahrestages der Revolution war den Besuchern eine hochwillkommene. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte und ausgiebige Besprechung darüber und über sonstige Tagesfragen, in der die verschiedenen Auffassungen ausgetauscht und erläutert wurden. In seinem nächsten Vortrag wird der Leiter hierauf besonders eingehen. Die Bildungsabende werden sich weiter großen Besuch und erfolgreich, nur ist der Besuch durchaus nicht dem Stärkeverhältnis der Partei hier entsprechend, und die große Schuld hieran liegt an den Mitsichern des Hauptvereins. Es sollte doch bald jedem Mitglied und Anhänger der Deutsch-demokratischen Partei zum Bewußtsein gekommen sein, daß ihr politisches Schicksal ihre gefährlichste Stunde ist, und die Leitung der Bildungsabende der Jugendgruppe erwartet, daß hier raschestens ein Wandel zum Guten eintritt. Anmeldungen zur Deutsch-demokratischen Jugendgruppe werden in der Geschäftsstelle der Deutsch-demokratischen Partei in Merseburg, Kleine Ritterstraße 5, entgegengenommen und wollen die Parteimitglieder bemüht sein, daß die Einzeichnungsliste bald eine recht ansehnliche wird.

** **Tivoli-Theater.** Am Freitag findet eine einmalige Aufführung von Henrik Ibsens packendem Schauspiel „Nora" statt. Dem kunstliebenden Publikum sei der Besuch dieser Vorstellung ganz besonders empfohlen.

*

Zum gegenwärtigen Stand der Mittellandkanalfrage.

In der Handelskammer zu Halle fand am 3. November eine Besprechung zwischen Vertretern der Stadt Halle und Merseburg, der Handelskammern Halle und von Anhalt über den gegenwärtigen Stand der Mittellandkanalfrage statt, wobei einmütig folgende Stellungnahme der Vertreter der genannten Bezirke zum Ausdruck gebracht wurde:

Die Fortführung des Verbindungskanals zur Saale ist eine selbstverständliche Forderung, die mit dem Plan eines Stichkanals nach Staßfurt gleichzeitig berücksichtigt werden muß, so daß also nicht nur ein Stichkanal bis Staßfurt in der demnächst zu erwartenden Regierungsvorlage aufgenommen werden muß, sondern gleichzeitig die **Verbindung zur Saale in das Projekt aufzunehmen ist.** Die Versammelten waren sich vollständig einig darüber, daß das von Lübeck ausgehende Rhederische Projekt, wonach parallel zur Saale ein Kanal gebaut werden soll, der über die Saale hinweggeführt würde und über Halle nach Leipzig weiter zu führen wäre, völlig aussichtslos ist und daher zurückgewiesen werden muß, um so mehr, als dadurch die eigentliche Saale mit den an ihr liegenden Ortschaften und den zu erwartenden späteren Kanalanschlüssen völlig zum Erliegen kommen würde. Es wurde beschlossen, bei der preußischen Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß dieser unmögliche Gedanke nicht weiter verfolgt wird. Im übrigen erklärten die anwesenden Vertreter sich erneut einmütig für die südliche Linienführung des Mittellandkanals und für den Ausbau des Saale-Elster-Kanals, durch welchen die südliche Linienführung des Mittellandkanals eine besonders wichtige Befruchtung erfahren würde.

*

Muß das sein?

(Ein Wort zur Gründung der Volks-Singakademie.)

In einem Eingesandt in der Nr. 250 des „Korr." vom 4. d. M. nimmt ein Herr P. Pf., in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse, Stellung zu der von der Leitung der Bildungsabende in Aussicht genommenen Gründung einer Volks-Singakademie. Es hat nicht den Anschein, als ob die warmherzige Anregung des beabsichtigten Widerhall gefunden hat, den sie verdient, denn in dem Anzeigenteil dieser Zeitung vom 5. d. M. wird bereits die Werbetrommel für das neue Unternehmen gerührt.

Wer nur einigermaßen die Verhältnisse unserer Stadt kennt, der wird zugeben müssen, daß die Neugründung einer musikalischen Chorvereinigung nicht gerade Bedürfnis ist. Wir haben hier bereits eine so große Zersplitterung der gesanglichen Kreise, daß es ein dankenswertes Unternehmen wäre, wenn eine Sammlung dieser Kräfte herbeigeführt würde.

Ich verneine nicht, daß das gesangsmusikalische Leben unseres Ortes einer Anregung bedarf, um etwas Großes und möglichst Vollkommenes anzustreben. Ob die Gründung einer neuen Chorvereinigung dazu der richtige Weg ist, darüber kann stark im Zweifel sein. Außerdem erscheint es mir in unserer Zeit der parteilichen und politischen Zersplitterung aber auch als die notwendige Pflicht, jede weitere Zersplitterung zu vermeiden und zu versuchen, möglichst alle Kräfte für eine gute Sache zu sammeln. Angenommen, dieses Motiv bewegt auch die Leitung der Bildungsabende, dann darf man sich wohl fragen, muß das sein, daß dies im Wege der Neugründung einer Vereinigung geschieht, die dieselben Ziele hat wie bereits bestehende?

Können die Kräfte und Talente, die die Leitung der Bildungsabende an der Hand hat, nicht in dem bereits bestehenden Bachverein aufgehen und zusammen an dem gemeinsamen, herrlichen Ziele arbeiten? Jeder ernste Musikfreund würde gewiß mit Freuden eine solche Lösung der Frage begrüßen und der Sache gern seine Unterstützung leihen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg; darum, keine Zersplitterung, sondern Sammlung!

W.

*

Faust-Aufführung.

Die Haaß-Berkow-Spiele vom Juli d. J. sind bei den Merseburgern noch in guter Erinnerung. Wer damals das Paradeispiel und den Totentanz mit angesehen hat, sprach sicher den Wunsch aus, daß die Haaß-Berkow-Truppe bald wieder in Merseburg einkehren möchte. Recht bald sollte dieser Wunsch in Erfüllung gehen. Dem unermüdlichen Leiter der Bildungsabende, Oberlehrer Hemprich, ist es gelungen, schon nach kurzer Zeit Haaß-Berkow zu neuen Aufführungen zu gewinnen. Am Mittwoch abend wurde vor vollständig ausverkauftem Haus der „Faust" von Goethe gespielt. Zunächst begrüßte Oberlehrer Hemprich die Erschienenen und teilte mit, man habe geglaubt, daß der „Faust" nicht öfter gegeben werde; dieser Vorwurf sei ihm recht, denn es sei ein Zeichen davon, daß man auch Stücke sehen wolle, die sich nicht an den Willen wenden. „Sündenfall" und „Totentanz" hätten in erster Linie zum Gemüt gesprochen. Aus dem 1. Teil des „Faust" gelangten nur einzelne Bilder zur Aufführung. Die Ausstattung war die denkbar einfachste und der Wechsel des Bühnenbildes nur durch ein Tuch, eine Bank usw. angedeutet. Offenbar war das Spiel auf volkstümliche Darbietung, die natürlich trotzdem hohen künstlerischen Wert in sich schließt, angelegt. Das erste Bild war der „Prolog im Himmel". Die drei Erzengel Raphael, Gabriel und Michael preisen in wunderbar erhabenen, feierlich bewegten Worten die Herrlichkeit der Schöpfung. Nicht ganz zu zürnen ist Mephisto, der Teufel; er erhält vom Herrn die Erlaubnis, den Doktor Faust „seine Sternenbahn zu führen". Wir sehen dann den grübelnden Faust einsam im Studierzimmer, der Erdgeist erscheint ihm. Aber die herrliche Erscheinung wird durch den „trocknen Schleicher" Wagner gestört. Vom letzten, ernsten Schritt zurück, hält ihn der Ostergesang der Engel: „Christ ist erstanden aus der Verwesung Schoß". — Das „Rudels Kern" entpuppt sich als der Teufel, der nun in Fausts Studierzimmer ist und ihm einen durch Blut besiegelten Vertrag schließt. Mephisto verlangt Fausts Seele, und der will sie ihm geben, wenn er zum Augenblicke sagen wird, „verweile doch, du bist so schön". Es folgt dann die Begegnung mit Gretchen, worauf Faust durch Mephistos Hilfe Eingang in ihr Zimmer erhält. Zuletzt die gewaltig erschütternden Szenen: Gretchen vor dem Brunnen, im Dom, im Kerker. In diesen vielen wechselnden Bildern tritt uns ein Menschheitsbild, eine Weltdichtung aus dem Innersten eines großen Menschengeistes entgegen. Es ist der Versuch des Menschen, Gott zu ergründen, die Welt zu durchdringen und in ihr ein gotterfülltes, wirklich lebensweites Leben zu führen. — Diese Tragödie der Menschheit wurde vor eifrig lauschender Zuhörerschaft mit größter Hingabe durch die Schauspieler aufgeführt und man merkte, wie das Spiel überall den tiefsten Eindruck hinterließ.

—r.

*

Musikalischer Volksabend im Dom.

Es ist ein gutes Zeichen für den Ernst, mit dem der Männergesangverein „Liedertafel" seine hohe Aufgabe, edle Musik zu pflegen, auffaßt, daß er aus Anlaß seines 75 jährigen Bestehens einleitete mit einem musikalischen Volksabend im Dom. Es ist aber auch ein gutes Zeichen für unsere Merseburger Bürgerschaft, daß sie in überaus reicher Zahl diesen Volksabend besuchte, obgleich zu derselben Zeit an anderer Stätte der „Faust" aufgeführt wurde, wozu viele Hundert Eingeladene waren. Die „Liedertafel" hat sich eben in langjähriger, treuer und unermüdlicher Tätigkeit Achtung und Ansehen in der Bürgerschaft erworben und auch bei schon früher im Dom veranstalteten Volksabenden ihr Können vorführt bei der Zuhörerschaft gezeigt. Eröffnet wurden die Darbietungen mit einem Präludium von Joh. Seb. Bach, das nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, vom Domorganisten Schumann, dem einstigen langjährigen Leiter des Vereins, sondern an dessen Stelle von Herrn Trentner jun. gespielt wurde, der sich als Orgelspieler bereits eines guten Rufs erfreut und auch hier bei diesem prachtvollen, gewaltigen Orgelspiel eine bannende Meisterschaft entfaltete. Ebenso zeigte er auch in der Begleitung der Gesänge und Instrumentalstücke, wie sein er sich in den Geist des jeweiligen Werkes eingelebt hatte. Der Männerchor bot dann eine Reihe von Gesängen, die sämtlich vorzüglich ansprachen. Auf das „Gebet" von Glück „Leih aus deines Himmels Bläue" folgte das markige „Ein feste Burg" in der Bearbeitung von Ph. Wolfrum. Später gelangte gute „Die Klage" von G. F. Händel und das Volkslied „Trost in mancherlei Tränen" von P. Schulz zum Vortrag. Den Schluß der Männerchöre bildete R. Wagners „Pilgerchor" und „Gott sei mein Lied" von Beethoven. Zur Verherrlichung des Abends hatte Frau Landesrat Schröder ihre geschätzte Kraft als Sängerin zur Verfügung gestellt. Außer einer Komposition von A. Mendelssohn („Statt wie der Tod ist die Liebe") und „Ach wie lächlig" von P. Frank sang sie noch „Gute Nacht" von Joh. W. Franck und Reinicke „Morgenhymne", vertont von O. Henschel. Außer den Gesangsstücken gelangte noch zum Vortrag „Arioso" von Rudnick für Cello und Orgel, wobei Herr Sachse als Cellist wieder zur Verherrlichung des Abends hatte. Frau Landesrat Schröder ihre geschätzte Kraft als Sängerin zur Verfügung gestellt. Außer einer Komposition von A. Mendelssohn („Statt wie der Tod ist die Liebe") und „Ach wie lächlig" von P. Frank sang sie noch „Gute Nacht" von Joh. W. Franck und Reinicke „Morgenhymne", vertont von O. Henschel. Außer den Gesangsstücken gelangte noch zum Vortrag „Arioso" von Rudnick für Cello und Orgel, wobei Herr Sachse als Cellist wieder einmal sein Können zeigte, ferner das „Largo" von Händel, ein Charakterstück" von A. Ritter, die beide sicher und feinfühlig von Herrn Kunze gespielt wurden. Dem Leiter und Veranstalter des Abends, dem Dirigenten der „Liedertafel" Herrn Löchelt, sei für die schönen Darbietungen, die viel fleißige Vorbereitung erforderten, herzlicher Dank ausgesprochen.

g.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Der Magistrat faßte nachfolgende Beschlüsse, die der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden:

Erweiterung der Lichtanlage im Andreasheim.

Der Magistrat beschließt, die Erweiterung der elektrischen Lichtanlage im Andreasheim zu bewilligt die entstehenden Kosten im Betrage von 600 ℳ bei Teil XI des Andreasheim für 1919 als Ausgabezugang.

Die vorgesehene Erweiterung der Lichtanlage ist notwendig; sie soll zur Beleuchtung des Eßzimmers, der Koch- und Waschküche, der Klosetts sowie der Flure dienen.

Verstärkung des Ausgabenhaushalts der Krankenhaus-Verwaltung.

Für den Ausgabenhaushalt der Krankenhaus-Verwaltung wird bei
Teil II Ziffer 2 Ansatz 1000 ℳ, eine Verstärkung von 1000 ℳ,
Teil III Ziffer 3 Ansatz 6000 ℳ, eine weitere Verstärkung von 2000 ℳ,
Teil III Ziffer 5 Ansatz 250 ℳ, eine Verstärkung von 750 ℳ,
zusammen 3750 ℳ
als Ausgabezugang bewilligt.

Begründung: Die im Haushalt vorgesehenen Mittel reichen aus den in der Anlage erschöpfenden Gründen nicht aus, weshalb eine Verstärkung der vorbezeichneten Ausgabeansätze beantragt wird.

Medizinalpraktikanten-Dienstraum im Krankenhaus.

Der Magistrat nimmt Kenntnis von der Einrichtung der Diensträume der Medizinalpraktikanten im städtischen Krankenhause. Die entstehenden Kosten betragen:

a) Rechnung von Otto . . . . . 1485,50 ℳ,
b) Rechnung von Seyffert . . . . . 15,50 ℳ,
c) Rechnung von Dobkowitz . . . . . 65,— ℳ,
d) Rechnung von Liebmann . . . . . 34,50 ℳ,
zusammen 1600,85 ℳ.

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung, dem Beschluß vom 18. Februar 1919 zustimmen zu wollen, sowie die entstandenen Kosten im Gesamtbetrage von 1600,85 ℳ hiernach aus dem Erneuerungsstock entnehmen zu dürfen.

Beihilfe zu einer Weihnachtsfeier an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw.

Der Magistrat stellt an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, folgenden Beschluß fassen zu wollen:

Dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Merseburg, wird aus Teil IX der Kriegskosten die Summe von 500 ℳ bewilligt zur Veranstaltung einer Weihnachtsfeier hauptsächlich für die Kriegshinterbliebenen und für die Frauen und Kinder der noch in Gefangenschaft befindlichen Militärpersonen.

Begründung: Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ist an die Stadt herangetreten mit dem Antrage, diesem für das diesjährige Weihnachtsfest einen Zuschuß zu bewilligen, um für die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und deren Kinder, vor allem aber den Kriegswaisen den Weihnachtstisch decken zu können. Wenn wir auch auf dem Standpunkt stehen, daß es an sich Sache des Reiches ist, für die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen usw. einzutreten, und daß deshalb gegebenenfalls dort, wo es notwendig ist, durch die Ludendorff-Spende oder die Stadt selbst eingeschritten werden muß, halten wir es doch in diesem Jahre noch für zweckmäßig, wo wir uns noch unter den unmittelbaren Folgeerscheinungen des Krieges befinden, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten einen Zuschuß zu gewähren, welcher besonders dazu dienen soll, den Kriegshinterbliebenen und den Kriegswaisen und den Familien der noch in Gefangenschaft befindlichen Militärpersonen den Weihnachtstisch zu decken.

*

Vereins- und Versammlungskalender.

Donnerstagabend: Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. Monatsversammlung im Tivoli. — Versammlung im „Herzog Christian" zwecks Gründung einer gemischten Chorvereinigung. — Besprechung zur Gründung eines Verbandes der geselligkeitspflegenden Vereine von Merseburg und Umgegend im Ratskeller. — Großer Ball im Schützenhaus.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Freitag den 7. November.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen je nach Anlieferung.

5 Pfund Kartoffeln (statt bisher 7 Pfund) auf Kartoffelmarken für die Woche vom 2. bis 8. November.

*

5 Dürrenberg, 6. Nov. Wir brachten kürzlich an dieser Stelle eine Meldung des „Leitzener Volksboten", in der berichtet wurde, der unabhängige sozialistische Ortsrichter von Ostrau sei beim Stehlen von 10 Zentner Rüben vom Besitzer gestellt worden. Dazu schreibt die unabhängige „Arbeiter-Zeitung" in Merseburg: Die ganze Schilderung ist von Anfang bis Ende unwahr. Es hätte dem verantwortlichen Redakteur ein leichtes sein müssen, sich mit dem Amtsvorsteher von Dürrenberg telephonisch in Verbindung zu setzen. Es wäre dann sofort die Haltlosigkeit dieser dreisten Beschuldigung festgestellt worden." — Wir überlassen hiernach dem „Leitzener Volksboten" das Wort.

5 Landsberg, 5. Nov. Am Freitagabend fand hier eine vom demokratischen Verein einberufene Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Abg. Delius sprach über Deutschlands Aufbau. Seinen bald zweistündigen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. In der Aussprache beantwortete der Vortragende eine Reihe von Fragen in bekriedigender Weise. Die Versammlung war ein voller Erfolg der demokratischen Sache.

Wetterwarte.

B. W. am 7. 11.: Etwas gelinder, meist wolkig bis trüb, teils Schnee, teils Regen (letzterer besonders im Westen).

Sport und Leibesübungen.

△ **Fußball in Halle.** Kommenden Sonntag finden folgende Ligaspiele statt: Sp.-V. 98 gegen Sportfreunde, Favorit gegen Borussia, V.f.L. gegen L.V.B.-Merseburg. Nordhausen hat nun endgültig seine Mannschaft von den Ligaspielen zurückgezogen.

△ **Städtespiel** [illegible] Magdeburg. Zu dem am 19. November (Bußtag) in Halle a. [illegible] auf dem „Favorit"-Sportplatz stattfindenden Städtespiel Halle-Magdeburg hat Halle folgende Mannschaft aufgestellt: Ecke (Sportfr.), Bieber (Wacker), Schumann (Wacker), Klemmt (98), Meißner (Bor.), Schließe (Bor.), Kempkack (Bor.), Rackwitz (Wacker), Bräutigam (Wacker), Nehm (98), Gadebstein (98). Mit Rücksicht auf die Schweizerreise, wurden aus dem „V. f. L."-Halle (96) keine Spieler ausgewählt.

△ **Krüchener Beginn der Fußballspiele.** Die Fußballspiele beginnen nach einer Mitteilung des Kreisvorstandes in Halle für den dortigen Kreis vom 16. November ab eine halbe Stunde früher als angesetzt.

△ „Wacker"-Nordhausen hat den Vorschlag angenommen, aus der Liga infolge der Verkehrsschwierigkeiten auszuscheiden. Er scheidet somit auch als Gegner in den Ligaspielen aus.

Vermischtes.

* **Amerikanische Schlachtfeldbesucher.** Die erste Karawane sentationslustiger Amerikaner ist zum Besuch der französischen Kriegsschauplätze Sochen in Paris eingetroffen und von dem Direktor des nationalen Dienstes für den Fremdenverkehr im Namen der Stadt feierlich begrüßt worden. Die Gesellschaft wird einige Wochen in Frankreich bleiben und 14 Tage dazu benutzen, die ganze ehemalige Front vom Verdun bis Zeebrügge im Automobil zu bereisen. Eine zweite Gesellschaft wird gegen den 15. November in Paris eintreffen, und weitere werden ihr folgen.

*

Eine Million in Gold abgefaßt.

Mannheim, 6. Nov. Bei einem hier einlaufenden Güterzug mußte ein plombierter Wagen wegen Warmlaufens der Achsen herausgestellt werden. Beim Herausschaffen des Inhalts fiel eine Kiste durch ihre außerordentliche Schwere auf. Als Inhalt wurde **gemünztes Gold** im Werte von ungefähr **einer Million** festgestellt, das **in das besetzte Gebiet geleitet werden sollte.** Die Untersuchung ist eingeleitet.

Abgefaßte Schiebermaggons.

Barmen, 6. Nov. In den letzten fünf Tagen wurden auf Veranlassung des Barmer Wucheramtes u. a. 24 Waggons Lebensmittel angefahren bezw. beschlagnahmt, darunter waren allein 16 Waggons, die Kartoffeln enthielten. Sämtliche Waggons befanden sich auf der Durchfahrt und kamen aus dem besetzten Gebiet. Sie wurden den einzelnen Reichsstellen überwiesen.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner, für den Anzeigenteil Franz Gomm, beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Danksagung.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung unserer Mutter sagen wir herzlichen Dank.
Familie **Hirsch.**
Familie **Kunth.**

Möbl. fr. Zimmer
z. vermieten. Zu erfr. i. d. Exp.

Möbliertes Zimmer
mit 2 Betten frei
Hallesche Straße 49.

Möbl. Zimmer an bessern Herrn z. 15. 11. zu vermieten. Daselbst wird **Federbett mit Wäsche** erwünscht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Junger Herr sucht für sofort
möbliertes Zimmer.
Off. unt. 1221 a. d. Exp. d. Bl.

Junge anst. Dame sucht sofort
möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit. Off. unt. 1228 an die Exped. d. Bl.

Einfach möbliertes Zimmer
wird von 2 Beamten per sofort oder 15. Nov. zu mieten gesucht. Off. unt. 1227 an die Exp. d. Bl.

Kinderl. Ehep. sucht sof. od. sp. **kl. Wohnung,** od. 2 leere Zimmer mit Kochofen. Offerten unter 1226 an die Exp. d. Bl.

3–4-Zimm.-Wohnung
eventl. Zimmer zum Unterstellen von Möbeln usw. gesucht. Off. unt. **P 1230** a. d. Exp. d. Bl.

Stube, Kammer und Küche
zum 1. Jan. od. sof. zu miet. gesucht. **Erich Heine,** Burgstraße 10.

1 kleineres Wohnhaus
mit geräumig. Hof zu kauf. ges. Off. u. 1224 an die Exp. d. Bl.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres innigstgeliebten Sohnes und Bruders, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden und sonstigen Beleidsbezeugungen, insbesondere Herrn Pastor Werther für seine trostreiche Grabrede, sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.
Merseburg, den 5. November 1919.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Wydra.

Gebrauchte Eisenfässer
die sich zur Versendung von Speiseöl eignen, kauft das städtische **Lebensmittelamt.** Angebote nach Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 18.
Merseburg, den 3. November 1919.
Der Magistrat. L A II 3095/19.

Einschränkung des Kartoffelverbrauchs.
Auf Grund des § 6 der Anordnung des Herrn Landrats zur Durchführung der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahre 1919/20 vom 11. September 1919 (veröffentlicht im Merseburger Tageblatt Nr. 209 vom 18. 9. 19) wird hiermit die zum Verbrauch zugelassene Wochenkopfmenge für die Woche vom 2. bis 8. November 1919 auf
5 Pfund Speisekartoffeln für den Kopf
festgesetzt. Die Einschränkung ist zunächst nur für die laufende Woche beabsichtigt. Wenn die Zufuhren an Kartoffeln steigen, sollen die fehlenden 2 Pfund Kartoffeln für den Kopf später nachgeliefert werden.
Merseburg, den 5. November 1919.
L A II 3228/19. **Der Magistrat.**

Höchstpreise für Speisekartoffeln.
Infolge wesentlicher Erhöhung der Grundpreise für Speisekartoffeln, Frachten, Anfuhrkosten usw. wird hiermit in Abänderung unserer Bekanntmachung vom 24. September 1919 L A II 2777/19 der Höchstpreis für Speisekartoffeln wie folgt festgesetzt:
1. Wenn die Lieferung durch die städtische Kartoffelstelle erfolgt
a) für den Händler ab Bahnhof Merseburg 13.50 M.
b) für den Verbraucher bei zentnerweiser Lieferung auf Bezugschein durch Händler frei Keller des Verbrauchers . . . 15.— M.
c) bei pfundweiser Abgabe im Kleinverkauf auf Kartoffelmarken durch den Händler 16 Pf.
für das Pfund ab Lager des Händlers.
Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Merseburg, den 5. November 1919.
Der Magistrat.
Gesch. Nr. L A II 3224/19.

Steuern- und Schulgeldzahlung.
Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Zahlung sämtlicher, für Oktober, November und Dezember d. J. fälligen **Steuern und Schulgelder bis spätestens 15. November 1919 in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr** an unsere Steuerkasse zu erfolgen hat.
Gegen Säumige muß mit der kostenpflichtigen Beitreibung vorgegangen werden.
Merseburg, den 6. November 1919.
Gesch. Nr. V 1683/19. Der Magistrat.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 7. November d. Js.
bei **Hoffmann,** Brühl 6
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungs-Nummern 2001—2100
" " 3—4 " " " " 2101—2200
" " 4—5 " " " " 2200—2300
statt auf Feld Nr. 2 der Roßfleischkarten.
Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 6. November 1919. L A I 1065/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Zwangs-Versteigerung.
Freitag, den 7. d. Mts., vormittags 11 Uhr, versteigere ich im Gasthof Casino: 1 Bücherschrank (dunkel Eiche), 1 nußbaum Vertikow, 1 Sofa mit buntem Ripsbezug und Umbau, 1 nußbaum Ausziehtisch, 4 Stühle mit Stoffbezug, 1 Sofa mit braunem Plüschbezug, 1 runder Tisch (dunkel Eiche), 2 Stühle mit Lederbezug, 1 Schreibtisch (Diplomat, dunkel Eiche), 1 Schreibsessel (Eiche) m. Lederbezug, 1 Rauchtisch (Eiche), 1 Fliegenbrede (Eiche), 2 Stühle, 1 Teppich (graublau), 7 Bände Meyers Lexikon, 1 braune Chaiselongueteckdecke, 1 goldenes Armband, 2 Brillantringe, 1 goldene Armbanduhr, 1 Halskette mit Brillantanhänger, 2 Wandbilder, 1 eiserne Kassette, 1 fast neuer Herrenanzug mit gestreifter Hose öffentlich meistbietend gegen bar.
Sämtliche Sachen sind wenig gebraucht und können ½ Stunde vorher besichtigt werden.
Rudusch, Gerichtsvollzieher in Merseburg.

Acker-Verpachtung
Sonnabend, den 8. November, 4 Uhr,
beabsichtige ich **12 Morgen guten Acker** in Parzellen von 2 Morgen in Trebnitzer Flur, dicht an der Ziegelei Götze, öffentlich meistbietend zu verpachten. — Sammelplatz Ziegelei Götze. — Bedingungen im Termin.
Feit, Menschauer Mühle.

Kammer-Lichtspiele!
Kleine Ritterstraße 3 Fernruf 529
Ab Freitag bis Montag:
Die Verführten!
Nur für Erwachsene! Ein Film-Drama in 6 Akten. Nur für Erwachsene!
Nach dem berühmten gleichnamigen Roman von **Hans Hyan!**
1. Film der Maxim-Klasse!
Prachtvolle Dekorationen! Entzückende Szenen!
Spannend und belehrend!
Wir machen unsere verehrten Besucher besonders darauf aufmerksam, daß in unserem Unternehmen! **nur** erstklassige Werke und Erstaufführungen gebracht werden. Es beginnen unsere Vorstellungen ab **Freitag** um **6 Uhr** und zwar mit dem Hauptschlager, so daß es auch dem auswärtigen Publikum ermöglicht ist, die Vorstellungen zu besuchen.
Spielfolge:
Von 6 bis 7¼ Uhr: **Die Verführten.** Drama in 6 Akten.
" 7½ " 8½ " **Die Feste des Fürsten von Ferara.** Drama in 4 Akten.
" 8½ " 9 " **Abgeblitzt.** Lustspiel in 3 Akten.
" 9 " 10½ " **Die Verführten.** Drama in 6 Akten.

7000 M.
auf Hausgrundstück als 1. Hyp. gesucht. Offerten unter 1232 an die Exped. d. Bl.

Deutschnationale Frauengruppe
Die monatliche Zusammenkunft findet nicht Freitag, den 7. November, sondern **Freitag, den 14. November,** im **„Schultheiß"** statt.

Auto-Zentrale
Fernruf **203**
Automobil-Vermietung
Fernruf **203**
Gustav Engels Söhne
Hauptgeschäft Weißenfelser Str. 7.

Modernes Theater
MERSEBURG
TELEFON 215. GR. RITTERSTR. 1
Vornehmste u. leistungsfähigste Lichtbildbühne am Platze.
Achtung! Achtung! Achtung!
Was bringen wir von Freitag bis Montag Neues?
? ? ? ? ? ? ? ? ?
Die gewaltigste Ueberraschung!!!!
NB. Beachten Sie morgen unser Inserat an dieser Stelle.
Die Direktion. A. Bilke.
Eigene Lichtanlage!

Kleiner Laden
in verkehrsreicher Lage, mögl. mit Einrichtung, sofort zu mieten gesucht. Offerten unter **1229** an die Exped. d. Bl.

Frack mit Weste
zu verkaufen Karlstr. 22, 1 Tr.

1 großer Mantel
(Leder mit Pelzfütterung) zu verkaufen Friedrichstraße 12.

Eleg. schw. Damenmantel
für m. Fig. passf., sowie Mantel für 7jähr. Mädchen billig zu verkaufen. Näh. Karlstr. 11.

Fast neue Damenschuhe Gr 39
zu verk. Zu erfrag. in d. Exp. d. Bl.

Sitz- und Liegestuhl, Kleiderschrank, Scheifstein sowie Hängelampe
zu verkaufen Domstr. 14 III l.

Vertikow
neu, zu verkaufen Steinstr. 13.

Ein großer Reisekorb, eine eiserne **Kinder-Bettstelle** zu verk. Zu erfrag. in der Exp. d. Bl.

Ein gußeiserner Kessel
fast neu, zu verk. Teichstr. 9, p.

Eine Fuhre Dünger
hat abzugeben
Kleine Sixtistraße 23.

Kräftige Milchziege
preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Eine tragend. Ziege
zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Eine Kuh mit dem Kalbe
zu verkaufen Runstedt 27.

ff. Gänse sind zu verkaufen.
Leipziger Straße 78 a.

Gold. Armbanduhr
(für Damen) zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Seiwintermütze, Gr. 59. **Portiere oder gebr. Teppich** zu kaufen gesucht
Albrecht, Amtshäuser 1.

Suche ein Paar Langstiefel (Größe angefähr 29½, Weite 7) zu kaufen. Offerten unter **1231** an die Exped. d. Bl.

1 Paar guterh. Damenschuhe, Gr. 39, zu kaufen gesucht. Off. m. Preis u. 1225 a. d. Exp. d. Bl.

Ziegen
zum schlachten kauft jederzeit **Gaubernod,** Merseburg.

Kastanien Eicheln
und alle Wildfrüchte, Obstkerne, Kürbiskerne
kauft
Arthur Dammhahn,
Leipzig, Berliner Straße.

Achtung! Achtung!
Zahle für
Altkupfer
jeder (auch kleinere) Menge
höchste Preise!
Frau **Maeder,**
Große Sixtistraße 18.

Achtung!
Lohndrusch!
Motor-Breitdrusch-Dreschsatz noch frei. Garantiert reiner Ausdrusch.
Schaaf, Canena b. Halle/S.

Bei Hautjucken,
Flechte, Krätze, auch Beingeschwüre, wo bislang nichts half, sofort schreiben. Gebe gerne kostenfreie Auskunft, nur Rückmarke erwünscht.
August Streichert,
Wintzingerode (Eichsfeld).

Trauringe empfiehlt
P. Rath
Burgstr. 15

Sofas,
Matratzen, Garnituren,
Umarbeitungen
sowie Tapezierarbeiten auch außerhalb.
H. Wandkowsky,
Tapezierer und Dekorateur,
Halle a. S., Grafeweg 18.
Ecke Klausstraße.

Empfehle **preiswerte**
Einlege-Sohlen
bester Schutz gegen kalte und nasse Füße
A. Henckel, Aalgrube 29
(nahe am Markt)
Spezialit. **Wollwaren.**

Ein 3 Wochen altes Kind ist in gute Pflege zu geben.
Zu erfrag. Karlstr. 34, Erdg.

Einen tüchtigen
Auto-Reparateur
— firm in allen Arbeiten —
stellen ein
Gustav Engels Söhne,
Weißenfelser Str. 7.

Zimmermann
welcher selbständig arbeiten kann, wird angenommen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Tüchtiges Mädchen
für Haus und Küche per sofort gesucht. **Gasthof Zum Raben,** Schkopau b. Merseburg.

Zunges Mädchen
für den ganzen Tag gesucht
Delgrube 5, 2 Tr.

Eine saubere, gewandte **Aufwartung**
wird für sofort gesucht
Weiße Mauer 22.

Wegen Erkrankung meiner bisherigen für sofort
Aufwartung
täglich für einige Vormittagsstunden gesucht. **Schütt,** Dentist, Kl. Ritterstr. 1, 1 Tr.

Kleiner Schlüssel
verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben
Adler-Drogerie, Entenplan.

Verloren!
Von Roter Brückenrain bis Luisenstraße eine schwarz. Tasche m. Portemonnaie und Klemmer. Wiederbring. erh. gute Belohn. **M. Krüger,** Lauchstedt Str. 18.

Ehren-Erklärung
Die von mir gegen Herrn Oskar Brauer ausgesprochene Beleidigung erkläre ich hiermit für unwahr.
A. Schladebach, Spergau.

Den schönsten und preiswertesten
Ulster oder Sportpaletot
für
— Herren und Burschen —
sowie allergrösste Auswahl in
Herren-Anzügen
finden Sie bei
Täglich Neueingänge!
H. Taitza
Täglich Neueingänge!
Markt 19 * Fernruf 332 * Neumarkt 18

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 253. Freitag den 7. November. 46. Jahrg.

v. Bethmann Hollweg über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg.

Über die Mittwochssitzung des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses wird uns berichtet:

Vors. Warmuth: Wir kommen zu der wichtigen Frage des

rücksichtslosen U-Bootskrieges

und zu den Gründen, welche für die Reichsleitung dafür maßgebend waren. Ich halte dem Zeugen v. Bethmann-Hollweg die Denkschrift vom 29. Februar 1916 vor, in der er alle wesentlichen Gründe gegen den rücksichtslosen U-Bootskrieg anführt, denn hier kommt die Verschiedenheit der Auffassung mit der Marine, namentlich mit Admiral v. Holtzendorff und Staatssekretär v. Tirpitz zum Ausdruck. In der Denkschrift wird dann auf die gefährdete, in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage hingewiesen. Es wird zugegeben, daß England durch den U-Bootskrieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber bestritten, daß diese Schwierigkeiten eine zerstörende Wirkung haben könnten. Das Netz, das man um England ziehe, werde großmaschig bleiben. Man müsse ferner in Rücksicht ziehen, daß für die Ernährung Englands täglich 4 Schiffe mittlerer Größe genügen, so daß an eine Hungersnot nicht zu denken sei. Jedenfalls werde der U-Bootskrieg es England bis zum Herbst nicht unmöglich machen, den Krieg fortzusetzen, zumal wenn England alles opfere. Es bestehe aber die Gefahr, daß Amerika auf die Seite der Feinde trete. Das bedeute eine starke moralische Unterstützung der Feinde und eine Stärkung ihrer Siegeszuversicht. Ferner weist die Denkschrift auf die Möglichkeit einer erhöhten Spannung mit den Bundesgenossen und auf die erhöhten Materialiseinrichtungen hin, die Amerika nach dem Eintritt in den Krieg zur Verfügung stellen würde. Alle diese Bedenken ließen den rücksichtslosen U-Bootskrieg als eine Maßnahme erscheinen, vor der dringend gewarnt werden müsse.

Weiter haben Sie (zu Bethmann Hollweg) in Charleville eine Unterredung mit dem Kaiser gehabt und dabei diese Denkschrift vorgetragen. Der Kaiser erwiderte damals, daß die Zahl unserer U-Boots-Streitkräfte nicht genüge, um England niederzuzwingen. Dann hat am 31. August 1916 im Schloß zu Pleß wiederum unter dem Vorsitz des Kaisers eine Besprechung stattgefunden, an der alle maßgebenden Zivil-, Militär- und Marinebehörden teilgenommen haben. Auch aus diesem Protokoll geht

die Gegensätzlichkeit der Auffassung

zwischen den Zivilbehörden und den Militär- und Marinestellen hervor. Sie brachten zum Ausdruck, daß Sie in Aussicht genommen hätten, den Reichstag einzuberufen, daß die Parteien selbst Bedenken dagegen geäußert hätten, daß Sie aber nicht umhin gekommen wären, wenigstens die Führer der Parteien zu sich zu bitten. Dabei würde zweifellos die Frage des rücksichtslosen U-Bootskrieges angeschnitten werden. Sie erklärten, daß Sie dabei sagen würden, die Frage sei von allen berufenen Instanzen eingehend geprüft worden, daß man aber im Hinblick auf die Friedensfrage dazu gekommen wäre, die Entscheidung zu vertagen, nachdem auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwickelung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor endgültig zu der Frage Stellung genommen würde. Weiter ist von Wichtigkeit eine Urkunde vom 29. Dezember 1916 an General v. Hindenburg über den U-Bootskrieg. In dieser Urkunde heißt es, daß man Ende Januar 1917 Sie zum Ausdruck, daß Sie die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen hätten bei der Frage des rücksichtslosen U-Bootkrieges, weil diese Frage unmittelbar in unser Verhältnis zu den Neutralen eingreift und deshalb ein Akt der auswärtigen Politik ist. Es heißt darin am Schluß, daß bei der Entscheidung über den rücksichtslosen U-Bootskrieg abgewogen werden müsse, ob seine Vorteile größer seien, als die Nachteile, die uns durch einen Bruch mit Amerika zugefügt würden. Hier trat also zum ersten Mal in aller Schärfe der Satz hervor, daß die Vorteile des rücksichtslosen U-Bootskrieges größer sein könnten als seine Nachteile. Für den Ausschuß ist es nun von größter Wichtigkeit festzustellen,

welche Gründe maßgebend gewesen sind für diese veränderte Stellungnahme

zum U-Bootskrieg, den Sie als verhängnisvoll bezeichnet haben. Weshalb traten Ihre ursprünglichen Bedenken gegenüber den Instanzen zurück, die für den rücksichtslosen U-Bootkrieg eintraten, nämlich im wesentlichen die Oberste Heeresleitung, die Reichstagsmehrheit und die Mehrheit des Volkes?

Bethmann Hollweg: Ich kann meine Aufgabe nicht darin erkennen, nun meinerseits etwa aus meinem Gedächtnis diese sehr umfassende Materie hier zu rekonstruieren, die aktenmäßig im Ausschuß bereits bekannt ist. Ich kann meine Aufgabe nur dahin auffassen, daß ich die aktenmäßige Kenntnis des Ausschusses in denjenigen Fragen durch Aussagen ergänze, wo der Ausschuß glaubt, eine Lücke bezüglich meiner Haltung zu finden. Der Ausschuß wird den Eindruck gehabt haben, daß die Frage des U-Bootkrieges in den verschiedenen Phasen außerordentlich kompliziert war. Nun wird eine Auskunft über meine Haltung im Winter 1916/17 verlangt. Ich verweise auf meine Aussage vom vorigen Freitag. Herr v. Bethmann Hollweg verliest diese Aussage nochmals und erklärt dann weiter: Ich wüßte nicht, was ich meinen Ausführungen vom Freitag noch hinzufügen soll. Ich habe ein Wort gebraucht, daß ich den Beschluß für verhängnisvoll gehalten hätte. Es hing ein ungeheures Verhängnis über diesem Beschluß. Das mußte jedem Menschen klar sein; denn wenn uns der U-Bootkrieg mißglückte, so mußte es das Verhängnis Deutschlands sein. Aber ich wiederhole: Der U-Bootkrieg blieb ein Experiment. Die Akten darüber, wie weit die Wirkungen des U-Bootkrieges wirklich gereicht haben, sind noch nicht abgeschlossen. Wir werden das erst später aus den Akten der Entente hören. Ich habe den Eindruck, daß

die Wirkungen weitreichend gewesen sind.

(Bewegung.) Ich habe mich dem Eindruck nicht verschließen können, daß im Mai—Juni die Besorgnis in England vor den Wirkungen des U-Bootkrieges außerordentlich stark gewesen sind, und ich bin überzeugt, wenn wir unsere Nachweise im Laufe der Zeit von der Entente bekommen. Diese Besorgnis ist nach dem Eindruck, den ich um die Wende des Juni—Juli gehabt habe, so stark gewesen, daß ich glaube, Verhandlungsmöglichkeiten waren damals im Wege sich anzubahnen. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, so möchte ich daran erinnern, daß um jene Zeit Lloyd George in Paris die besorgten Worte aussprach:

„Schiffe, Schiffe werden gefordert! Im Anfang des Krieges waren es die silbernen Kugeln, die den Krieg gewinnen sollten, jetzt sind es Schiffe!“

Wenn in England der leitende Staatsmann ein solches in Paris aussprach, so war das nicht unbedenklich. Ich erinnere daran, daß ich wenigstens die Rede, die Lloyd George am 30. Juni in Glasgow gehalten hat, als Fühler bezeichnete, der es uns vielleicht ermöglichte, durch Behandlung gewisser Fragen auch in der Öffentlichkeit

eine Verhandlungsbereitschaft zu erzeugen.

Ich glaube, man hat auch in manchen Kreisen Deutschlands die Wirkungen des U-Bootkrieges optimistischer dargestellt, als es an sich die politischen Realitäten ermöglicht hätten. Sah England, daß der U-Bootkrieg ihm wirklich an die Nieren ging, so hätte es nicht den völligen Zusammenbruch abgewartet, sondern Gelegenheit gegeben, schon vorher, natürlich nicht unter der Erklärung der Kapitulationsbedürftigkeit, Verhandlungen anzuknüpfen.

Dieser Moment ist dagewesen.

Also zusammenfassend: Ich wüßte nicht, durch welche Feststellung ich die Zwangslage, in die der 9. Januar nicht nur die politische Leitung, sondern auch die Militärs gesellt hat, ergänzen sollte. Es lag damals vor die Überzeugung der militärischen Stellen: Ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg können wir den Krieg nicht zu einem guten Ende führen. Und für mich lag die Überzeugung vor: Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich den Krieg in anderer Weise beenden werde. (Mit erhobener Stimme): Da mußte es geschehen. Da mußte die Entscheidung gefällt werden. Gegenüber der Haltung der Mehrheit des Parlaments, gegenüber einem von kleinem Glauben getragenen Überzeugung der weitesten Volkskreisen, daß die Unterlassung des U-Bootkrieges bedeuten würde, die Zukunft der Nation dem Kleinmut zu opfern. **In dieser Lage — und ich bin auch heute der Ansicht, daß ich richtig gehandelt habe — habe ich gesagt: „Euer Majestät, ich kann Ihnen nicht raten, sich in Widerspruch mit dem Votum Ihrer militärischen Ratgeber zu setzen!“ Ein Gehen meiner Person würde an der Sache nichts geändert haben.**

Abg. Dr. Sinzheimer: Haben die großen Massen des Volkes und die sozialdemokratische Partei Kenntnis davon gehabt, daß zur selben Zeit sich Wilson bereit erklärt hatte, die Friedenskonferenz zustandezubringen, und daß er bereits zweimal gebeten habe, ihm die Friedensbedingungen wenigstens vertraulich mitzuteilen?

Bethmann Hollweg: In seiner Gesamtheit

hatte das Volk natürlich keine Kenntnis von unserer Aktion in Washington.

Das wäre auch die größte politische Unklugheit von mir gewesen, denn bei der Animosität gegen Amerika wäre diese Erklärung Gegenstand der Verachtung und des Hasses geworden. Wenn wir mit den einzelnen aktenmäßigen Stücken operieren, so meine ich, daß durch die Kongreßbotschaft vom 22. Januar die Situation für uns erschwert worden ist. Die erste entscheidende Bekundung von Wilson, daß er an die Friedensarbeit gehen wolle, ist uns erst durch eine Depesche Bernstorffs am 28. Januar mitgeteilt worden. Da war es aber zu spät. Wäre es früher gewesen, dann hätte vielleicht noch etwas getan werden können.

Am Schlusse seiner zugespitzten Unterhaltung mit Dr. Sinzheimer erklärt

Bethmann Hollweg: Es hat mir natürlich ferngelegen, irgendwelche Vorwürfe hier zu erheben. Ich wollte nur dem Ausschuß vorführen, in welch peinliche Lage ich gebracht werde. Ich laufe Gefahr, daß mir Vorwürfe gemacht werden, ich hätte es mit meinem Eid nicht genau genommen. Wenn ich nach meinem besten Wissen und Gewissen die Situation klare, so kann ich dies natürlich nur in großen Umrissen tun. Es kann von mir kaum erwartet werden, daß ich darüber hinausgehe. Ich wäre vielleicht außerordentlich dankbar, wenn hier nicht Fragen wiederholt würden, die ich bereits ausführlich dargelegt habe. Ob die Oberste Heeresleitung von den Bernstorffschen Depeschen Kenntnis hatte, muß aus den Akten hervorgehen. Heute, nach drei Jahren, bin ich wirklich nicht imstande, unter Eid bestimmte Aussagen zu machen. Ich weiß, daß von der Obersten Heeresleitung die Ansicht vertreten worden ist, sie sei über die Friedensaktion in Washington nicht genau informiert gewesen. Andererseits liegt eine Depesche des Generals Ludendorff vor, er wolle nicht drängen, er wolle die Friedensaktion Wilsons nicht hinziehen. — Das beweist doch, daß er Kenntnis von diesen Dingen gehabt hat. Ich bin der Ansicht gewesen,

ich habe in anderer Ausweg nicht möglich war. Daran ändert es nichts, daß Kaiser Karl und Graf Czernin die Kollektivnote vom 30. Dezember anders aufgefaßt haben als ich. Meine Ansicht wurde aber von der deutschen Öffentlichkeit in den weitesten Schichten des Volkes geteilt.

Abg. Dr. Sinzheimer: Am 8. oder 9. Januar hat Staatssekretär Helfferich Ihnen telegraphiert, daß die Eröffnung des U-Bootkrieges am 1. Januar schädlich sei. Wirtschaftlich würde England nicht bedrängt werden, da durch die Brotrationierung in Amerika England auch bei einer großen Zahl von Versenkungen genügend Getreide haben werde. Haben Sie auf dieses Telegramm in Ihrem alsbaldigen Vortrag beim Kaiser Bezug genommen?

Bethmann Hollweg: Ich habe

dieses Telegramm nicht unmittelbar verwendet,

weil der Vortrag beim Kaiser bereits am 9. Januar abends stattfand. Der Obersten Heeresleitung lag die bestimmte Ansicht der Marine vor, daß der U-Bootskrieg am 1. Februar beginnen müsse. Der Einwand Helfferichs entbehrte der durchschlagenden Kraft. Mit Ansichten konnten wir nicht operieren, denn den wirtschaftlichen Ansichten konnten jederzeit die Ansichten von Heer und Marine entgegengesetzt werden.

Abg. Dr. Sinzheimer: Wir kommt es darauf an, festzustellen, für welches Gebiet die Wirkung des U-Bootkrieges ausschlaggebend war, für die militärische oder politische Wirkung?

Bethmann Hollweg: Das ist gewiß der interessanteste Punkt. Ich bitte die Herren, zu erwägen, vor welcher Entscheidung ich stand, wenn die Oberste Heeresleitung sagte, sie sei der innersten Überzeugung, daß der Krieg ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg verloren gehen würde, und wenn der Reichskanzler dem nicht entgegenhalten kann, er habe eine Möglichkeit, den Krieg anders als auf dem Kriegsschauplatze zu beenden. Da lag eine gewaltige Frage vor, der gegenüber Einwürfe mit statistischen und volkswirtschaftlichen Berechnungen nicht durchschlagend sein konnten.

Minister Dr. David: Ich bin der Überzeugung, wenn das Parlament damals gewußt hätte, daß keine Hoffnung vorhanden sei, die amerikanische Neutralität aufrecht zu erhalten, daß die Parlamentsmehrheit fest auf dem Standpunkt gestanden hätte, kein va banque-Spiel eingehen zu wollen. Die Sozialdemokratie hat an der Ablehnung des U-Bootkrieges festgehalten.

Bethmann Hollweg: Es konnte damals gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der U-Bootkrieg Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlassen würde.

Jeder Politiker mußte wissen, daß Amerika früher oder später in den Krieg eintreten werde.

Das wußte auch die Partei des Herrn David aus unserer Depesche an den Grafen Bernstorff vom 28. Januar, worin der letzte Versuch gemacht wurde, Amerika fernzuhalten. Aber meine Hoffnungen waren gering. Im Abrigen würde ich es kaum für ausschlaggebend gehalten haben, selbst wenn die Mehrheit des Parlaments gegen den U-Bootkrieg gewesen wäre. Nach Ansichten des Parlaments selbst hatte die militärische Leitung das letzte Wort zu sprechen.

Minister Dr. David: Es ist nicht richtig, daß jeder Politiker damals gewußt hat, Amerika werde in den Krieg eingreifen. Ich verweise auf die Verhandlungen im Hauptausschuß, die wir am 28. Januar 1917 in diesem Saal geführt haben und die niemand vergessen wird, der daran teilgenommen hat. Da war hinsichtlich Amerikas die Sache noch nicht entschieden. Gerade die Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiel bleiben könne, hat zur Nachgiebigkeit des Parlaments mit beigetragen. Diese Ansicht wurde bestärkt durch die Ausführungen des Staatssekretärs Zimmermann, der und die Szene schließlich, das sich zwischen ihm und Gerard bei der Überreichung der U-Boot-Note abgespielt hatte. Da soll Gerard die Sache gar nicht tragisch aufgefaßt und auf die Frage, wie Wilson sich dazu verhalten werde, gesagt haben: „Ich nicht.“ Die Unterredung sei dann ohne besondere Erregung zu Ende gegangen.

Staatssekretär a. D. Zimmermann: Ich fragte Gerard, wie wohl die Aufnahme der Note in Washington sein werde. Er antwortete,

er wisse nicht, was in Washington vorgehe.

Ich hat ihn darauf, seinen ganzen Einfluß einzusetzen, um eine gute Lösung für uns herbeizuführen. Da antwortete er: „Selbstverständlich will ich mein Bestes tun.“ In diesem Sinne habe ich auch im Hauptausschuß gesprochen. Ich habe aber immer gesagt, daß bies die Worte Gerards seien, nicht aber die Auffassung in Washington.

Bethmann Hollweg: Das kann ich nur bestätigen. Der Beschluß für den U-Bootkrieg war nicht mehr zu ändern. Da konnte ich doch im Ausschuß nicht den Kriegseintritt Amerikas als absolut sicher hinstellen. Die Unterstützung haben wir nicht anerkennen, denn ich habe immer auf die Gefahr der amerikanischen Kriegsbeteiligung hingewiesen. In einem parlamentarischen Staat hätte das Parlament vielleicht das Odium auf sich nehmen können, daß diese Voraussetzung lag bei uns nicht vor. Bei uns hatte die Mehrheit des Parlaments sich damit einverstanden erklärt, daß die Oberste Heeresleitung die Entscheidung zu treffen habe. Von einem va banque-Spiel möchte ich nicht sprechen. Ein va banque-Spiel war der Beschluß vom 9. Januar nicht, denn der rücksichtslose U-Bootkrieg hat für uns doch gewisse Wirkungen gehabt.

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

54. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Geliebte Gertrud!

Nun weiß ich, als was die Ministerstochter um meinetwillen ihr Brot verdient. Der Forstverwalter des Grafen Wertenau und die Jungfer der Baronin Granitz hat gehen ein gutes Gespann! Tut nichts! Ich bin hier und will Dich sprechen. Gib in dem Schuhgeschäft von B. in der Ludwigstraße ein Briefchen ab und teile mir mit, wann und wo ich Dich sprechen kann. Laß mich nicht warten, sonst werde ich wahnsinnig. Du — mein! Gertrud! Endlich! G. W.

Der Bogen entfiel ihren Fingern und sank zu Boden.

Gertrud saß und stierte in die Luft.

Georg war in Reichenhall! Nur wenige Straßen trennten sie voneinander. Sie aber eilte, raste nicht, ihn zu sehen. War denn ihre leidenschaftliche Liebe wirklich in Argentinien gestorben? Mußte sie glauben, daß er ein Gump, ein Spieler, ein Frauenjäger war? Hatte er sich nicht halten können, weil sie ihn nicht küssen durfte? — Er kam bei ihrem ersten Ruf, er flüchtete sich zu ihr; vielleicht, weil er sich vor sich selber retten wollte!

Ein Klopfen schreckte sie aus dem Grübeln. Sie ging langsam zur Tür und öffnete.

Eine der Buchhalterinnen stand im Gang. „Fräulein“ sagte sie, „die Baronin Granitz hat soeben aus Salzburg telephoniert. Die Herrschaften kommen erst morgen abend zurück. Sie sollen sich auch morgen einen recht netten Tag machen.“

„Danke, Fräulein Lenl.“

„Sie sind wohl todmüde? Sie können sich ja kaum auf den Beinen halten?“ meinte das junge Mädchen, das noch Lust zu einem kleinen Schwätzchen hatte.

„Ja, Fräulein Leni. Mir fallen die Augen zu. Schlafen Sie wohl.“

„Gute Nacht, Sie Schlafsack!“

Spät in der Nacht, fast schon gegen Morgen, war Gertrud endlich in einen schweren, fieberhaften Schlaf verfallen, aus dem sie erst gegen neun Uhr, in Schweiß gebadet, erwachte. Mit müden Bewegungen, sich gewaltsam zusammenraffend, zog sie sich gleich zum Ausgang an, warf einige Zeilen aufs Papier und verschloß sie mit einem Postfleberstreifen. Dann ging sie hinunter in den Raum, der ihnen angewiesen war, und nahm ihr Frühstück ein.

Gertrud verließ das Hotel durch den Haupteingang und wandte sich, den Brief in ihrer Handtasche, sofort nach links und bog in die Ludwigstraße ein, um das bezeichnete Schuhgeschäft zu suchen. Das schöne Kurbad war noch so leer, daß man eigentlich nur Einheimischen begegnete. — Frauen, die für den Haushalt einholten, Kinder, die spielten, belebten die in der Hauptbadezeit so überfüllte Straße.

Darum vernahm sie sofort den festen, hallenden Mannesschritt, der ihr folgte; und als der Schatten eines hinter ihr rasch herankommenden Herrn neben dem ihren aufauchte, wandte sie unwillkürlich den Kopf und sah empor und blieb vor Schreck stehen. „Georg!“ glitt es kaum vernehmbar über die Lippen.

„Gertrud!“ stieß er hervor. „Seit frühem Morgen warte ich auf dich! Mädel, Gertrud, geliebtes Weib, wie bist du doch schön! Wie jung siehst du noch aus, meine Märchenprinzessin! Und nicht einmal an mich reißen kann ich dich, nachdem ich dich zehntausend Jahre entbehren mußte.“ Er sprach hastig, halblaut, durchglüht von Leidenschaft. Gertrudens Augen sahen scheu an mit glitzernden, verzehrenden Blick.

Überwältigt schaute sie in dies Antlitz, das ihr vorgekehrt, jahrelang, Tag und Nacht, nach dem sie sich so oft, so oft gesehnt hatte in verzweifelter Stimmung, in immer gleicher Treue. „Georg! sagte sie wieder, aber vergehend in Qual und Schmerz. Sie fand in diesem verderbten Gesicht mit den roten, entstellenden Narben nichts wieder von der betörend lachenden Anmut, der bestrickenden Liebenswürdigkeit des einstigen Offiziers.

Obgleich er sich den Vollbart hatte abnehmen lassen, und wie früher, nur den kleinen, flotten Schnurrbart trug, war er kaum wieder zu erkennen. Seine weiche, helle Stimme klang greff, wie zerbrochen. Und die Art, wie er zu ihr niederschaute, wie er sie ansah, wie er sprach, wirkte erklärend, ernüchternd. Ein eiziger Schauer überrieselte ihren Rücken. Langsam zog sie ihre Hände aus den seinen.

Die Tasche war ihr entglitten und zu Boden gefallen.

Wiesener bückte sich und hob sie auf. „Komm bloß hier weg“ meinte er nach zornigem Rundblick. „Wir erregen Aufsehen, man gafft uns an. Und das halte ich nicht aus. Allein will ich dich haben.“

Sie dachte nach. „Ob das Gasthaus am Thumsee schon offen ist, weiß ich nicht; aber in Großgmain ist ich eine hübsche saubere Wirtschaft mit herrlichem Rundblick!“

„Also gut — Großgmain. Mir ist alles gleich. — Kutscher!“

Jetzt, wo er einen des Weges kommenden Wagen sehr laut anrief, hatte seine Stimme einen häßlichen, rohen Klang.

Das Gefährt hielt. — Sie stieg ein. Er folgte ihr, nachdem sie dem Rosselenker Bescheid gesagt hatte.

Und dann saßen sie nebeneinander und rollten durch die immer wärmer strahlende Maiensonne.

Wiesener ließ keinen Blick von ihr. Er hielt wieder ihre Hand, und allmählich wuchs das Glück des Wiedersehens in ihm zu einem wahren Rausch, der rote Nebel vor ihm wallen ließ. „Gertrud — Gertrud“, murmelte er im Überschwang.

Sie saß gequält, vernichtet, denn in ihr fand kein auflodernbes Empfinden keinen Widerhall. Im Gegenteil, ganz langsam erstarb etwas in ihrem Innern, so daß ein dumpfer Schmerz sich empörrang, der Überraschung, Hoffnung, Sorge erstickte und überwucherte. —

„Warum sprichst du nicht? Sieh mich doch an! Sitz doch nicht da wie ein Klotz, Mädel. Wir haben uns doch über sieben Jahre nicht gesehen! — Freust du dich denn gar nicht? — Mensch, Mädel!“

„Sag doch nicht Mädel mir, Georg!“ flehte sie gepeinigt, denn plötzlich dachte sie an all die Erzählungen, die sie in Buenos Aires vernommen hatte.

Er stutzte, sah sie an und lachte rauh auf. „Ach so, ich vergaß. Wir leben hier in zivilisiertem Lande, und da darf man zu einer Ministerstochter nicht Mädel sagen. Soll ich dich gnädiges Fräulein anreden? Fräulein Gertrud Meinhard?“

„Ich bin die Jungfer der Baronin Granitz“, erklärte sie ernst.

„Dann benimm dich so, nimm mich um den Hals und küsse mich. Hier sieht uns keiner!“ rief er. Und ehe Gertrud zur Besinnung kam, hatte er sie mit beiden Armen umschlungen, an sich gerissen und überflutete sie mit leidenschaftlichen, heischenden Küssen.

Einige Sekunden war sie fast ohnmächtig, vor Entsetzen und Überraschung. Dann wuchs in ihr eine Empörung, in der sich Ekel und Abscheu vermischend mischten.

Mit dem Aufgebot aller Kraft riß Gertrud sich los und drängte Georg, beide Fäuste gegen seine Brust pressend, zurück. „Was fällt dir ein?“ schrie sie in zorniger Entrüstung.

Er taumelte in seine Ecke zurück. Ein langer Fluch entfuhr ihm. „Was bedeutet das?“ fragte er zähzornig. „Bist du nicht meine Braut? Bald meine Frau? Habe ich etwa kein Recht, dich zu küssen?“

Sie gewann ihre Beherrschung wieder. „Vorläufig — nein!“ entgegnete sie herb. „Wir haben uns so lange weder gesehen noch gesprochen. Zuerst werden wir uns wieder kennen lernen müssen!“

„Nicht der Wird dich daher?“ Na, da hat die Weltgeschichte auf!“ Wieseners Gesicht verzerrte sich, daß die Adern stammten. „Besteht du auf Beichte oder zieht du ein Verhör vor?“

Sie rückte etwas von ihm ab. „Selbstverständlich werden wir uns gegenseitig völlige Klarheit zu geben haben. Ich muß jedenfalls viel, sehr viel fragen.“

„Was gibt dir eigentlich dazu das Recht, kleine Schulmeisterin?“

„Die Treue, die ich dir bewahrte, trotz — allem! Und die Qualen, die ich um deinetwillen ausgestanden habe, Georg!“

„Werde ich die immer aufs Brot geschmiert bekommen?“

„Sobald ich mit dir und mit mir im Klaren bin — nein!“ antwortete sie unbeugsam.

Er lehnte sich in seine Ecke, kreuzte die Arme und schaute hinaus. „Ihr deutschen Weiber könnt wahrhaftig . . .“ er vollendete den Gedankengang nicht. „Zu und meine Mutter, ihr seid von gleichem Kaliber“, sagte er dann, „am liebsten würdet ihr mich beide einem moralischen Reinigungsbad unterziehen, nicht wahr?“

„Ja“, antwortete sie ruhig.

Er schwieg. Nach einer Weile sagte er bissig: „Du wirst mich wohl schon so verbrauchen müssen, wie ich bin, meine teure Gertrud!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0005

Statistisch ist uns wiederholt bewiesen worden, daß die Ernährung in Deutschland im Februar aufhören muß. Sie ist aber immer fortgesetzt worden. Ich bin aber auch der Ansicht, daß es unmöglich war, die absolute Erfolglosigkeit des U-Bootkrieges statistisch nachzuweisen. Auch die Abschreckung und die inneren Zustände spielten für die Wirkungen des U-Bootkrieges eine große Rolle. Unsere Zwangslage bestand darin, daß wir, da wir keine Aussicht auf Frieden hatten, irgend etwas machen mußten. Wir konnten nicht untätig in die Zukunft sehen und ein Kampfmittel ungenutzt lassen, das immerhin eine gewisse Aussicht auf Erfolg hatte. — Damit schließt die Vernehmung Bethmann Hollwegs.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt. Vernommen werden Admiral Koch und Vizekanzler a. D. Dr. Helfferich.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 5. Nov. Gestern abend wurde einem Privatmann in seinem Schrebergarten an der Beesener Straße 3 ein drei Zentner schweres Schwein an Ort und Stelle abgeschlachtet und gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — Beim Residieren des Grundstückes Alte Promenade 5 um ½3 Uhr in der verflossenen Nacht bemerkte der Wächter Nr. 11 der Halleschen Wach- und Schließgesellschaft an verschiedenen verdächtigen Umständen, daß Einbrecher sich eingeschlossen haben mußten. Mit Hilfe eines zweiten Wächters und einiger Polizeibeamten, die das Grundstück umstellten, gelang es dann beim Abfuchen, in einem Versteck zwei Einbrecher festzunehmen.

† **Halle**, 5. Nov. In der Zeit vom 1. bis 31. Oktober sind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Abteilung B folgende im Schleichhandel angetroffenen Gegenstände beschlagnahmt worden: 96 Stück Butter, 1827 Kg. Mehl, 123½ Kg. Margarine, 250½ Kg. Rindfleisch, 11 Kg. Schweinefleisch, 85 Kg. Kalbfleisch, 6½ Kg. Hammelfleisch, 90 Kg. Wurst, 47 Hasen, 20 Kisten Lachsheringe, 18 Büchsen Corned-Beef, 177 Zentner Kartoffeln, 22½ Kg. Mohn, 7500 Flaschen Auslandsmilch, 26000 Kg. Schokolade, zwei Waggons Heringe, 600 Zentner Zucker, 20 Sack Roggen, 24 Stück Seife, 57700 Stück Zigaretten, 1 lebende Kuh, 1 lebendes Schwein, 2646 Rollen Kautabak.

† **Erfurt**, 6. Nov. Das Eisenbahnbetriebsamt I Erfurt gibt über das Ergebnis der Untersuchung über das Eisenbahnunglück in Neudietendorf folgenden Bericht: Der Eisenbahnunfall ist dadurch entstanden, daß der Aufsichtsbeamte auf dem Bahnsteig und der Lokomotivführer des Personenzuges die Stellung des Abfahrtssignals nicht beachtet haben. Der Aufsichtsbeamte hat dem Zug Abfahrtsbefehl erteilt, und der Lokomotivführer ist abgefahren, obwohl das für den Personenzug in Frage kommende Ausfahrsignal sich auf Haltestellung befand. Die Sicherungsanlagen waren vollkommen in Ordnung, wie einwandfrei nachgewiesen worden ist. — Der bei dem Unglück schwerverletzte 70jährige Landwirt Bandel aus Ostmannsfeld ist inzwischen im Katholischen Krankenhaus seinen Wunden erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf vier.

† **Aus dem Kreise Jerichow II**, 6. Nov. Der stellvertretende Landrat warnt die Landwirte des Kreises, infolge der erhöhten Schweinemast die zur menschlichen Ernährung so dringlich notwendigen Kartoffeln zu verfüttern. Alle Kartoffeln müssen an die Kartoffelstelle oder gegen einen behördlich ausgestellten Bezugsschein abgegeben werden. Die Polizeiorgane des Kreises sind angewiesen, alle landwirtschaftlichen Betriebe fortlaufend zu kontrollieren und Verfehlungen ohne Ansehen der Person rücksichtslos zur Anzeige zu bringen.

† **Leipzig**, 6. Nov. Erheblich gemehrt hatten sich in der letzten Zeit die Diebstähle von Paletots in der Leipziger Universitätsstadt. Einen der Spitzbuben hat man jetzt erwischt, und zwar in der Person eines 35 Jahre alten Land. phil. Er hatte keinen Erwerb und hat mit dem Erlös aus den gestohlenen Paletots seinen Unterhalt bestritten.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Die Häupter einer Diebesgesellschaft**, die monatelang Merseburg und Umgebung unsicher gemacht hat, sind durch Urteil der Strafkammer in Halle auf längere Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Es handelt sich dabei um den 30jährigen Arbeiter Gustav Knopf und dessen 5 Jahre jüngeren Bruder Franz aus Merseburg, die nach den Befundungen von Zeugen und eigenen Angaben eine Anzahl von zur Spitzbüberei neigenden Personen an sich gezogen und mit diesen Einbrüche ausgeführt haben. Arbeiter nennen zwar beide sich; doch hatte F. Knopf eines Tages zu einem wohlhäbigen Verwandten gesagt: „Was brauchen wir arbeiten, verdienen in köstlich an 300 M. Unsere Sache liegt in Butter; drum halte zu uns!“ Er hatte dann renommierend auf ihre Erfolge bei den nächtlichen Streifzügen hingewiesen, wie sie Schkopau, Knapendorf, Milzau und andere Orte der Gegend und Merseburg selbst heimgesucht hätten. In Schkopau hätten sie freilich in einem Musen einen gefährlichen Konkurrenten, der ihnen manches „Geschäft“ wegschnappe, komme er ihnen aber einmal in die Quere, so solle er dran glauben. Dieser Anverwandte, in Halle wohnerh, sagte nun nicht gleich fest zu, sprach von überlegen, und besprach, nach Hause zurückgekehrt, die Angelegenheit erst mit seiner Frau. Diese riet sofort ab, machte aber darauf aufmerksam, daß auf die Ergreifung der Einbrecher eine Belohnung ausgesetzt sei, und legte ihm nahe, ob er sich nicht diesen Lohn verdienen wolle. Der Vorschlag gefiel ihm, und so ging er zur Kriminalpolizei in Halle und lenkte deren Aufmerksamkeit auf die Gebrüder Knopf. Es wurde ihm nun selbst eine Rolle übertragen, um die Verbrecher auf frischer Tat zu ertappen. Er solle zum Schein selbst an dem Einbruch teilnehmen, die Polizei harrober aber vorher verständigen. Das tat er denn auch. Am 17. Januar sollte ein Einbruch in Bündorf stattfinden. An diesem nahmen die Gebrüder Knopf, ein Arbeiter Nanneberg, noch zwei andere Personen, sowie der Verräter teil. Es war auf den „Erwerb“ von zwei Schweinen abgesehen. Als sie aber so im Vorbeigehen einem Geschirrführer noch eine Gans aus dem Stalle stehlen, verriet sie durch ihr Geschrei eine Ente. Sie, ergriffen dann die Flucht, doch konnten von einem auf der Lauer liegenden Polizeibeamten zwei der Verbrecher sofort festgenommen werden und die anderen drei wurden am anderen Tage gleichfalls verhaftet. Zum Schein war auch der Verräter festgenommen, dann aber wieder entlassen worden. Den Angeklagten wurden eine Reihe von Einbrüchen zur Last gelegt; so sollen sie teilweise mit andern einem Arbeiter Mangold in Merseburg einen Kaninchenbock, einem Landwirt Klaus daselbst aus der Scheune 20 Zentner Roggen, aus einer Fabrik 14 Hühner, einem Bauführer in Körbisdorf 2 Schweine, 9 Hühner und Kaninchen, dem Beunaer Kohlenwert 2 Schweine, einem Landwirt Schumann in Neumark Gänse und in Wallendorf einen Treibriemen gestohlen haben, sie geben aber nur einige Einbrüche zu. An einem dieser war auch der Schmied Gustav Weiß aus Venneden beteiligt, der deshalb gleichfalls auf der Anklagebank saß. Auch die Ehefrau des Gustav Knopf stand unter Anklage, weil sie sich der Hehlerei schuldig gemacht haben sollte. Einer ihrer Helfershelfer ist bereits wegen anderer Straftaten auf 2 Jahre ins Zuchthaus geschickt worden und war in diesem Prozeß nur Zeuge, der sich aber auf nichts besinnen wollte. Das Gericht schickte Gustav Knopf auf 3 Jahre, dessen Bruder auf 2 Jahre ins Zuchthaus. Weiß erhielt, obgleich er sich nur an einem Diebstahl beteiligt, mit Rücksicht auf seine Vorstrafen 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. Den noch unbestraften Nanneberg, der nur der Verführung der Gebrüder Knopf zum Opfer gefallen ist, ließ man mit 3 Monaten Gefängnis davonkommen. Frau Knopf erhielt wegen Begünstigung 2 Monate Gefängnis.

⊥ **Totschlag in der Trunkenheit.** Aus Cassel wird gemeldet: Den Gasthofbesitzer Bachmann, welcher in der Wohnung einer Prostituierten den Stadtaufseher Haselbach erschossen hatte, verurteilte das Schwurgericht zu zehn Monaten Gefängnis. An die angeblich „sinnlose“ Betrunkenheit des Angeklagten haben die Geschworenen nicht geglaubt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

♂ **Elektrische Kraft aus der Luft.** Der dänische Physiker Waldemar Poulsen beschäftigt sich gegenwärtig mit einer neuen, Aufsehen erregenden Erfindung, die darauf hinausläuft, elektrische Kraft aus der Luft zu gewinnen. Wenn der Versuch gelingt, wird durch die Erfindung, so erklärt Poulsen, eine Revolution innerhalb der Industrie hervorrufen, und ihre Bedeutung stellt die Funkentelegraphie vollständig in den Schatten. Poulsen will seine Erfindung im Frühjahr einem Kreis von Gelehrten vorführen. Vorher will er keine Auskunft über die Art der Erfindung geben.

Vermischtes.

* **Polonisierung der Kunst.** Der polnische General Dowbor-Musnicki fand im Gebäude des ehemaligen preußischen Generalkommandos in Posen eine Reihe zum Teil künstlerisch recht wertvoller Ölgemälde vor, die Führer aus der preußischen Geschichte, wie Blücher, Gneisenau usw. darstellten. General Musnicki beseitigte nun einfach den „Kunstmaler“ Kasimir Schmidt und hieß die Bilder im polnisch-nationalen Sinne umpinseln. Die Pferde konnten bleiben, die Bärte wurden etwas anders gemalt, einige Züge im Gesicht verändert, die Tressen und Uniformabzeichen umlackiert, und nun schmücken das polnische Gebäude die Bilder des Fürsten Poniatowski, Kosciusko, Dombrowski usw. Dieses Verfahren, zu „polnischer Kunst“ zu kommen, ist verblüffend einfach!

* **Ein Minenunglück im Kattegatt.** Der englische Dampfer „Wolturnus“, der mit einer Stückgutladung für die englische Flotte in der Ostsee unterwegs war, fuhr im Kattegatt auf eine Mine und sank. Die Besatzung von 16 Mann wurde nach fünftägiger Fahrt in Rettungsboot von einem Lotsenboot aufgenommen und in Skagen gelandet. Es ist dies das zehnte Minenunglück, das sich an dieser Stelle in der letzten Zeit ereignet hat.

*

Die „Bodensee“ bei Staaken gelandet.

Berlin, 5. Nov. Das Luftschiff „Bodensee“ hat gestern nachmittag 5,15 Uhr nach Übernahme von Benzin und Öl seinen Notlandungsplatz bei Kreuzen in der Nähe von Magdeburg verlassen und ist um 7,40 Uhr wohlbehalten in Staaken eingetroffen und in der Halle festgemacht worden. Das Schiff wird einer genauen Untersuchung unterzogen und voraussichtlich schon Ende dieser Woche seine fahrplanmäßigen Fahrten nach Friedrichshafen wieder aufnehmen.

Briketts
im Kleinverkauf zu haben
Auslandstraße 8.

Briketts
fuhrenweise frei Haus liefert
Halusczak,
Auslandstr. 8 und Johannisstr. 7.

Sommer-Stiefel
wasserdicht abwaschbar
Zalida
Schwarz u. Kein Abfärben!
Marke.
ist das Originale Fabrikat wird viel nachgeahmt doch nicht erreicht. Man verlange ausdrücklich „Zalida“
Prosp. u. Abbildungen gratis u. franco.
weiß- und bunt.
Nur im
Gummi - Warenhaus
Grahnels.

Für Frauen,
wenn Blutstockung, Weißfluß, Bleichsucht, alle Frauenleiden gerne kostenfreie Auskunft, nur Rückmarke erwünscht.
Heinr. Deicke,
Bad Kreuznach, Prov. Sachsen.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sof. lieferbar. Preisl. umsf. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Dramatischer Club „Mignon“
Freitag, den 7. November, abends 6 Uhr,
gemütl. Tänzchen
für Mitglieder und sonst eingeladene Gäste im Kaffeehaus Meuschau. Der Vorstand.

Gesellschafts-Verein
„Frohsinn“
hält Sonnabend, den 8. Novbr., im Lippertschen Gasthaus Meuschau von abends 6 Uhr ab sein
Vergnügen
ab. Der Vorstand.

Löpitz.
Sonntag, den 9. November, von nachm. 3 Uhr an
Kirmeßball.
Es ladet freundlichst ein
Albert Schmidt.

Isolierte und blanke
Kupferleitungen
kauft laufend jedes Quantum
Karl Reuter, Halle a. S.,
Beesener Str. 17. Fernruf 1809.

Werkmeister-Bez.-Verein Merseburg und Umgegend.
Unsere
Monats-Versammlung
findet Sonnabend, den 8. d. M., abends 7 Uhr im „Tivoli“ statt.
Vorstands-Sitzung 6 Uhr.
Pünktliches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

Zur Gründung
einer
Gemischten Chorvereinigung
— Volkssingakademie —
Leitung: Seminar-Musiklehrer Trenkner
werden Damen und Herren aller Stände mit musikalischer und stimmlicher Begabung gebeten, sich
Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr im Herzog Christian (Vortragssaal)
einzufinden.
Die Leitung der Merseburger Bildungsabende.

Neuer Eingang
eleganter Damen-Wintermäntel
besonders schicke Formen
- beste Qualitäten -
Schwarze Tuch- und Plüschmäntel
Elegante Kostüme
Preiswerte Blusenröcke
in Wolle und Seide
Kinder-Ulster
in allen Grössen und Preislagen
Entzückende Blusen
in Chinakrepp : Chiffon : Seide
Voile u. Wolle von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung!
Grosse Auswahl!
Markt 19 **H. Taitza** Neumarkt 18
Telephon 332

Brennholz
meistens Buchenholz in vorzüglicher Heizkraft verkauft solange Vorrat reicht
in Klöße kurz geschnitten à Ztr. M. 9
ofenfertig gespalten à Ztr. M. 10
Lieferung auf Bestellung ins Haus! Hallesche Str. 39, Hof.

Frauen!
Alvitol tötet sicher alle Krankheitskeime, ohne die Schleimhäute zu reizen. Alvitol schützt vor Ansteckung. Alvitol beseitigt unter Garantie Weissfluss, Vaginal-Katarrhe, Entzündungen, üblen Geruch und beugt Frauenkrankheiten vor. Alvitol schützt vor vorzeitigem Verblühen und erhält Frauen und Mädchen frisch.
Aufklärende Schrift und Proben durch Max Hahn G. m. b. H., Berlin S. W. 68. Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

Pianos und Flügel
höchster tonlicher Vollendung, bester Ausstattung, überall preisgekrönt, zuletzt Turin, Grand Prix.
Ritter,
Halle, Leipziger Strasse 73.

Heilquellen des Bades Neu-Ragoczi.
Aerztlich empfohlen!
Ella-Quelle :-: Carolus-Quelle
Augustus-Quelle.
Die für die betreffenden Erkrankungen in Frage kommenden Brunnen sind an den Flaschenetiketten angegeben.
Anna-Brunnen, erstklassiges Tafelwasser von ausserordentlich erfrischender Wirkung.
Brunnen-Verwaltung Bad Neu-Ragoczi bei Halle a. S.
Telephon: Amt Salzmünde Nr. 23 (und Halle Nr. 6725.)
Niederlage in Merseburg: Edmund Hickethier, Weissenfelser Strasse 56.

Joh. Seb. Bach-Verein.
Die Übung (Neger-Kantate, Weihnachts-Oratorium) findet morgen, Freitag, den 7. Nov., abends 8 Uhr im Singsaal des Domgymnasiums statt.
H. Berger.

Nähe
kaufen und verkaufen
H. Lotzmann, Luisenstraße 10.

Merseburger Rudergesellschaft
Am Freitag, den 7. d. Mts., abends 8½ U.
Monats-Versammlung
i. Bootshause
Der Vorstand.

Gasth. Corbetha
Sonntag, den 9., und Montag, den 10. Novbr.,
Kirmes
Freundlichst ladet ein
B. Kirchner.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent“.

Tivoli-Theater Merseb.
Direktion: A. Dechant.
Freitag, d. 7. November 1919, abends ½8 Uhr:
Ibsen-Abend!
Einmalige Aufführung:
Nora
oder
Ein Puppenheim!
Schauspiel in 3 Akten von Henrik Ibsen.
Sonntag keine Vorstellung

Merseburger Schwimmerschaft e. V.
Morgen, Freitag, den 7. November 1910, abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im „Preuß. Adler“.
Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. Der Vorstand.

Netzschkau.
Sonntag, den 9. und Montag, den 10. November,
Kirmes.
An beiden Feiertagen, von nachmittags 3 Uhr ab,
Ballmusik.
Empfehle meine gute Küche.
Es ladet freundlichst ein
Hoffmann, Gastwirt.

Strandschlößchen
Freitag, den 7. November
groß. Ball
Volles Philharmonisches Orchester
Neueste Schlager! Wiener Walzer!

Bündorf.
Sonntag, den 9. und Montag, den 10. November d. Js., von nachm. 3 Uhr an
Kirmess-Ball
bei vollbesetztem Orchester.
Es ladet freundlichst ein A. Conrad.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 50 Pfg., für Stellenanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 253 — Freitag, den 7. November 1919 — 46. Jahrg.

Der Friedensleichnam.

In den Ententeländern und insbesondere in Frankreich geht heute dasselbe vor sich, was wir in Deutschland während des Krieges erlebten: die Friedensgesinnung ringt mit dem Militarismus, und der Militarismus ist in den allermeisten Fällen Sieger. Wir haben das jetzt wieder von neuem erlebt. Die deutsche Friedensdelegation hat in Paris vom Obersten Rat eine Note erhalten, in der mitgeteilt wird, daß die Ratifizierung des Friedens in einem Protokoll nun festgelegt werden kann. Es wäre also der Tag nicht fern, an dem der Friedenszustand effektiv würde. Da will man denn zum letzten Male noch alle die Mittel anwenden, die den Feinden durch den Druck des Waffenstillstandes zur Verfügung stehen. Was neulich die französischen Blätter andeuteten, hat seine Bestätigung in der überreichten Note gefunden. Die Entente tritt als Erpresser auf. Sie behauptet, daß wir alle Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht erfüllt hätten und nimmt uns deshalb in Strafe. Wir sollen fünf leichte Kreuzer und 400 000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern abgeben. Das bedeutet also, daß wir die paar guten Schiffe, die wir noch haben, noch abgeben müssen und daß wir dadurch nicht mehr in der Lage sind, uns ein ungefährdetes Fahrwasser an der Küste und an den Flußmündungen zu erhalten. Auch aus der anderen Forderung, der Abgabe von Docks, ist der Pferdefuß nur allzu deutlich sichtbar. Wir sollen nicht in der Lage sein, unsere Handelsflotte wieder aufzubauen. Man will uns außerdem die Verdienstmöglichkeit dadurch nehmen, daß die ausländischen Schiffe keine Gelegenheit mehr haben, bei uns zu docken. Bezeichnend für den Geist der Friedensgesinnung, der die Entente beseelt, ist auch diese Stimmung, daß die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Schiffe als Geiseln so lange zurückgehalten werden sollen, bis wir unseren vermögensrechtlichen Verpflichtungen nachgekommen sind. Außerdem wird ein Ersatz für die versenkten Schiffe gefordert. Diese Forderung wird als Wiedergutmachung aufgemacht. Darunter versteht der Friedensvertrag aber einen Ersatz von Schäden, die den feindlichen Ländern im Kriege zugefügt worden sind. Das ist aber bei der Versenkung der Schiffe keineswegs der Fall, denn diese Waffenstillstandsforderung bezweckt ja nichts anderes, als Deutschland zur See wehrlos zu machen. Eine Vereinigung des Kriegszustandes bedeutet auch die angedrohte Zwangsmaßnahme, daß Foch jederzeit den Vormarsch über den Rhein antreten kann.

Die Reichsregierung hat zur Stunde noch keine Stellung zu dieser neuesten Vergewaltigung der Entente genommen, die Bevölkerung erwartet aber, daß sie eine würdige Sprache findet, um die unberechtigten Vorwürfe und die unberechtigten Forderungen abzulehnen. Wenn das der Friede sein soll, den wir zu erwarten haben, dann bleibt uns allerdings nichts mehr zu hoffen.

Nach dem Frieden.

Wortlaut der Note Clemenceaus.

Herr Clemenceau hat der deutschen Regierung am 3. November eine Note übersandt, in der er sie auffordert, nachdem die Vorbedingungen erfüllt seien, einen zur Unterzeichnung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationen bevollmächtigten Vertreter an einem demnächst zu bestimmenden Tage nach Paris zu senden und ihn gleichzeitig zur Unterzeichnung des der Note beiliegenden zweiten Protokolls zu bevollmächtigen, das die Regelung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen noch nicht erfüllten Verpflichtungen betrifft.

Die Note führt fort: Das Inkrafttreten des Vertrages bringt schon jetzt gewisse Folgen mit sich, die ins Auge zu fassen sind:

1. Die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes übernimmt die Geschäfte.
2. Die Militär-, See- und Luftbelegationen übernehmen die Geschäfte.
3. Die Wiedergutmachungskommission übernimmt die Geschäfte.
4. Übertragung der Oberhoheit im Falle Memel und Danzig, die die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden und die Besitznahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen zur Folge hat.
5. Übergabe der Regierung im Saarbecken.
6. Übertragung der zeitweisen Regierung im Gebiet Oberschlesien, in dem die Volksabstimmung stattfindet. Daraus ergibt sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, welche die Kommission bestimmen wird, und die Besetzung durch interalliierte Truppen, desgleichen die Übernahme der Geschäfte durch die Regierungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiet.
7. Übernahme der zeitweiligen Verwaltung in dem Gebiet von Schleswig, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird, woraus folgt die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden, sowie die Ersetzung durch interalliierte Truppen und Übernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiet.
8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Übergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird, in denen die Volksabstimmung stattfindet: Ostpreußen, Allenstein und Westpreußen (Marienwerder), woraus sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, sowie die Ersetzung durch interalliierte Truppen und die Übernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommissionen in diesen Gebieten ergibt.
9. Beginn der 14tägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen. Daher wird die deutsche Regierung schon jetzt aufgefordert, für den 10. November 1919 bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, um
   a) im Einverständnis mit den Vertretern der alliierten Mächte die Einsetzungsbedingungen der Regierungen, Verwaltungen und Volksabstimmungskommissionen, sowie die Übergabe der Vollmachten und Dienstbefugnisse, den Einzug der interalliierten Truppen, die Räumung durch die deutschen Truppen, die Ersetzung der bezeichneten deutschen Behörden und alle oben vorgesehenen Fragen zu regeln. Es wird schon jetzt daran erinnert, daß die deutschen Behörden alle Dienst- und Verwaltungseinrichtungen, sowie alle Urkunden, welche die sofortige Tätigkeit der interalliierten Behörden ermöglichen sollen, an Ort und Stelle lassen müssen, daß ebenso die deutschen Truppen alle durch sie benutzten Einrichtungen an ihrem Ort belassen sollen;
   b) im Einverständnis mit dem Generalstab des Oberbefehlshabers der alliierten Armeen die Transportbedingungen der alliierten Truppen zu regeln.

Es folgt das Protokoll, das nach kurzer Einleitung die nichterfüllten Bedingungen aufführt:

1. 42 Lokomotiven, 4460 Wagen sind zu liefern.
2. Die auf russischem Gebiet befindlichen Truppen sind nicht zurückgezogen worden trotz der formellen Aufforderung vom 27. August, 27. September, 10. Oktober 1919.
3. Die deutschen Truppen haben Requisitionen, Pfändungen, Zwangsmaßnahmen auf russischem Gebiete fortgesetzt.
4. Die vollständigen Verzeichnisse der in den mit Krieg überzogenen Gebieten von den Deutschen weggenommenen, eingesammelten oder konfiszierten Gelder und Werte sind nicht übergeben worden.
5. Entgegen der Verpflichtung, alle deutschen Unterseeboote auszuliefern: Zerstörung des deutschen Unterseeboots „U. C. 48" im Seeraum von Ferrol auf Befehl seines deutschen Kommandanten und Zerstörung gewisser Unterseeboote in der Nordsee, die zwecks Ablieferung auf dem Wege nach England waren.
6. Entgegen der Verpflichtung, die von den alliierten und assoziierten Mächten zur späteren Auslieferung bestimmten deutschen Kriegsschiffe in den alliierten Häfen zu erhalten und vor der Auslieferung kein Schiff zu zerstören: Zerstörung der Schiffe in Scapa Flow am 21. Juni 1919.
7. Alle nach dem unbesetzten Deutschland aus Frankreich und Belgien gebrachten Kunstgegenstände sind nicht zurückerstattet.
8. Zum 1. Oktober 1919 sind nicht geliefert worden 40 Heucke-Dampfpfluggruppen, 1500 Schaufeln, 4407 Pflüge, 1834 Brabant-Pflüge, 4482 Eggen, 2157 Stabskultivatore, 2674 Düngerstreumaschinen.
9. Das aus dem französischen und belgischen Gebiet entnommene Industriematerial ist nicht zurückerstattet.
10. Entgegen der Verpflichtung, die ganze deutsche Handelsflotte den alliierten Mächten zur Verfügung zu stellen, ist eine gewisse Anzahl von Schiffen, deren Auslieferung gefordert worden war, noch nicht ausgeliefert worden.
11. Entgegen der Verpflichtung, Kriegsmaterial aller Art nicht auszuführen: Ausfuhr von Luftschiffahrtmaterial nach Schweden, Holland und Dänemark.

Eine gewisse Anzahl der unerfüllten oder unvollständig erfüllten Bestimmungen sind durch den Vertrag vom 28. Juni 1919 erneuert worden, besonders Inkraftsetzen die Bestimmungen von Rechts wegen anwendbar machen wird.

Andererseits hat die Frage der Räumung der baltischen Provinzen den Gegenstand eines Notenwechsels und verschiedener Beschlüsse gebildet, deren Ausführung im Gange ist. Die alliierten Mächte bekräftigen ausdrücklich den Inhalt ihrer Noten, zu deren aufrichtiger und genauer Durchführung Deutschland sich durch dieses Protokoll verpflichtet.

Endlich vermögen die alliierten Mächte nicht, die übrigen Verfehlungen gegen das Waffenstillstandsabkommen und so schwere Verfehlungen, wie die unter Ziffer 6 angeführten, ungestraft zu lassen.

Deutschland verpflichtet sich infolgedessen:

I.

A. Als Wiedergutmachung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow abzuliefern:

a) innerhalb 60 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls die fünf leichten Kreuzer „Königsberg", „Pillau", „Graudenz", „Regensburg" und „Straßburg";

b) innerhalb 90 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls in vollständig gutem, gebrauchsfähigem Zustande an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern eine Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnen ergibt. Von den Docks müssen etwa 75 Prozent mehr als 10 000 Tonnen groß sein.

B. Innerhalb zehn Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls ist eine genaue Liste aller Schwimmdocks, Schwimmkräne, Schlepper und Bagger, die deutsches Eigentum sind, zu übergeben.

C. Die Offiziere und Mannschaften, welche die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe bildeten und jetzt von den alliierten Hauptmächten festgehalten werden, werden mit Ausnahme derjenigen, deren Auslieferung in Artikel 228 des Friedensvertrages vorgesehen ist, spätestens nach Erfüllung der vorstehenden Bedingungen zu A und B durch Deutschland heimgeschafft.

D. Der Zerstörer „B 98" rechnet zu den 42 Zerstörern, deren Ablieferung im Friedensvertrag vorgesehen ist.

II.

Innerhalb 10 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls [illegible] Unterseeboote „U. 137 [illegible] in für die Vernichtung [illegible] toren des Unterseebootes [illegible] in der Nordsee zerstörte[illegible]

Den [illegible] geführten Luftfahrzeug[illegible]

Sof[illegible] den oben vorgesehenen [illegible] ch die alliierten Mächte [illegible] nahmen zu ergreifen.

Die [illegible] Regierung erlassen [illegible] Mili[illegible] unheit von 60 Mill[illegible] ung aller Kräfte schütze[illegible] eren Tagen zur Seite. [illegible] r!"

Bauer [illegible] er, Dr. Geßler, Giesb[illegible] chlicke, Schmidt.

Hirsch[illegible] er Stegerwald.

Die [illegible] Aufruf erlassen, der auf [illegible] nimmt und der folgende [illegible]

Ein verunsichernder Streich soll gegen Euch geführt werden. Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für Zehntausende von Eisenbahnern außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kohlennot und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Ersatz führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiwerdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunützen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen. Ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegensetzen muß. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weitergekämpft werden, so diktierte es eine zum Äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Radikalen beherrschte Fünfzehnerkommission und der unabhängig-kommunistische Rumpfvollzugsrat. Sie sprechen offen von dem nun politisch gewordenen Kampfe. Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot.

Neueste Nachrichten.

Graf Bernstorff vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Ausschusses erklärte der frühere deutsche Gesandte in Washington Graf Bernstorff auf die Frage des Sachverständigen Gesandten v. Romberg: daß die amerikanische Regierung den Inhalt der von Bernstorff nach Berlin gesandten Depeschen kannte, der allerdings der Entente verheimlicht wurde. Ob das wirklich der Fall war, lasse sich natürlich nicht beschwören. Die beabsichtigte Heimfahrt des Geheimrates Albert von der deutschen Gesandtschaft mit dem Unterseeboot „Deutschland" scheiterte daran, daß die deutsche Handels-Uboot-Gesellschaft sich keinen Unannehmlichkeiten mit der amerikanischen Regierung aussetzen wollte.

Der politische Streik in Berlin.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Versuche der radikalen Hetzer zum politischen Streik, die Eisenbahner zum Streik zu bewegen, sind gescheitert. Alle Bahnhöfe sind im Betrieb. Dagegen ruht der Verkehr auf den wenigen Linien der städtischen Straßenbahn, infolge Sympathiestreiks.

Die „B. Z." meldet: Bis zur Mittagsstunde hat auch die städtische Straßenbahn den vollen normalen Verkehr wieder durchgeführt.

Rückgängigmachung des politischen Streiks.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die Fünfzehnerkommission, das Metallarbeiterkartell, der Bezirksverband der Unabhängigen sozialistischen Partei Berlin-Brandenburg und der Vollzugsrat der Arbeiterräte Großberlins, der sogen. rote Vollzugsrat, erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: „Wegen der von den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften erlassenen Parole müssen die für das Gelingen des Generalstreiks schon getroffenen Vorbereitungen rückgängig gemacht werden. Der Kampf der Metallarbeiter geht unverändert weiter.

Hetze gegen die deutschen Vertreter in London.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die offizielle Westminster Gazette schreibt: Es muß energisch Protest erhoben werden gegen die Kampagne, die in bestimmten Blättern gegen die deutschen und österreichischen Wirtschafts-Sachverständigen geführt wird, die nach London gekommen sind, um die Lebensmittellage zu besprechen. Ihre Gegenwart hier kann unbedingt notwendig genannt werden. Das Lebensmittelproblem ist ein Weltproblem und das Mißgelingen der Lösung dieses Problems für jedes Land als solches kann die verhängnisvollsten Folgen für die gesamte Zivilisation haben. Wenn wir hierzulande nicht mit den deutschen Sachverständigen über dieses Thema verhandeln können, ist der Plan, Frieden zu schließen, nutzlos. Das britische Volk hat den Ruf, gesunden Menschenverstand und gute Sitten zu besitzen. Diese Kampagne ist aber eine Beleidigung mit Bezug auf Beides.

Bayerischer Protest gegen die Ermordung pfälzischer Bürger durch die Franzosen.

Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Die „B. Z." meldet aus München: Die bayerische Regierung hat an das Auswärtige Amt in Berlin das Ersuchen gerichtet, wegen der drei in den letzten 14 Tagen vorgekommenen Morde an pfälzischen Einwohnern durch französische Soldaten bei der französischen Regierung Protest zu erheben.

Die katastrophale Lage Wiens.

Wien, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Unter Hinweis auf die katastrophale Lage in der Lebensmittel- und Kohlenversorgung Wiens richtet das Wiener Tageblatt einen Aufruf an alle deutschen Stammesgenossen, in dem gesagt wird, daß die dankenswerte fremde Hilfe nicht ausreiche. Die zweitgrößte Stadt deutscher Nationalität ringe um ihren nationalen Bestand. Der Notschrei Wiens solle Alle, die die deutsche Sprache sprechen, daran erinnern, daß es ein nationales Rettungswerk zu erfüllen gilt.

Die englische Blockade Sowjetrußlands.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) In Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus erklärte der Regierungsvertreter Harmsworth: Soweit England in Betracht komme, würden die Maßnahmen zur Behinderung des Handels mit den von den Bolschewisten beherrschten Landesteilen Rußlands aufrecht erhalten, bis in Rußland eine demokratische Regierung gebildet sei, die von den Alliierten anerkannt werden könne. (Bisher ließen die Bolschewisten lieber das ganze Land zugrunde gehen, als eine demokratische Regierung zu bilden.)

Die englisch-russischen Verhandlungen in Kopenhagen.

London, 6. Nov. (Priv.-Tel.) In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Harmsworth als Vertreter der Regierung im Unterhause, daß die dänische Regierung sich mit der Zusammenziehung der bolschewistischen Kommission, die von der Sowjetregierung zur Beratung der Frage des Kriegsgefangenenaustausches entsandt werden soll, einverstanden erklärt hat. Die britische Regierung traf jetzt Maßnahmen für die Reise der Sowjetkommission über die Ostsee und hofft, daß die Verhandlungen demnächst in Dänemark beginnen können.

Unveränderte Streiklage in Amerika.

Amsterdam, 6. Nov. Nach dem hiesigen Ableger „Telegraaf" melden die Londoner „Times" aus Washington, daß die Streiklage unverändert ist. Die streikenden Arbeiter behaupten, daß sich auch die nichtorganisierten Arbeiter ihnen angeschlossen haben, in Pennsylvania allein 5000 Mann. Der amerikanische Arbeiterbund schätzt die Zahl der ausständigen Arbeiter auf 400 000.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319191107-13/fragment/page=0007